



BILDUNG

Bildung mit Corona

Rückgang bei Lehrstellen

MITMACHEN!
Dom-Besuch zu
gewinnen!
Seite 32

**Einheitlicher Auftritt für
eine starke christliche Stimme
in der Arbeitswelt.**

**KAB-OUTFITS:
GEMEINSAM AUFTRETEN –
GEMEINSAM BEGEISTERN!**



Abbildungen ähnlich.



KAB!



TRITT EIN FÜR DICH.

KAB Kurzarm-Poloshirt

100% einlaufvorbehandelter, ringgesponnener Bio-Baumwollpique, 170 g/m², Kragen und Bündchen aus 1x1-Rippstrick, Knopfleiste mit 2 Knöpfen, Nackenband, Seitennähte. Damen Poloshirt in femininer Silhouette. Siebdruck.

Unisex schwarz • Herren „magenta-dunkel“ • Damen „magenta-dunkel“
Größen: XS – 3XL • € 25,99

KAB Softshell-Jacke

Sportlicher Stil, 280 g/m² Softshell, 96 % Polyester, 4 % Elasthan. 2 Lagen, 2 Reißverschluss-Seitentaschen. Stick-Veredelung.

Unisex schwarz
Größen: S – 3XL • € 45,00

KAB T-Shirt

Singlejersey, 100% gekämmte ringgesponnene Bio-Baumwolle, 180 g/m², eingesetzte Ärmel, 1x1 Rippstrick am Halsausschnitt, abgesetztes Nackenband, breite Doppelabsteppung an Ärmelenden und unterem Saum. Siebdruck.

Unisex schwarz / „magenta-hell“
Größen: XXS – 5XL • € 23,99

KAB Schal

2-seitig bedruckt, Motiv hinten und vorne gleich, Enden vorder- und rückseitig jeweils gleiche Farbe. 100% Polyester, waschfest und witterungsbeständig, angenehmes, nachhaltiges Material, hochwertige Farben.

Ca. 150 x 15 – 16 cm • € 9,95

VORWORT



Matthias Rabbe

Liebe Leserinnen und Leser, Kurzarbeit und die Angst vor einer zweiten Corona-Welle belasten die Menschen. Ein weiterer Lockdown würde Betriebe und Arbeitnehmer*innen besonders hart treffen. Doch auch im Bereich Fort- und Weiterbildung sowie Schule und Ausbildung haben die Pandemie-Maßnahmen Spuren hinterlassen. Besonders betroffen sind die vielen Arbeitnehmer*innen im Niedriglohnbereich, die in Kurzarbeit geschickt wurden oder gar direkt ihren Arbeitsplatz verloren haben. Die jüngste Bertelsmann-Studie belegt, dass für Millionen Arbeitnehmer*innen der Niedriglohnbereich eine Sackgasse ist.

Die KAB setzt sich mit einer Petition daher für einen existenzsichernden Mindestlohn und für eine Novellierung des Mindestlohngesetzes ein, die es ermöglicht, einen armutsfesten Mindestlohn von derzeit 13,69 Euro brutto festzulegen. **Unterstützen Sie mit Ihrer Unterschrift die Petition, werben Sie Mitstreiter*innen und gewinnen Sie einen Besuch auf den Dächern des Kölner Doms.**

Ihre Redaktion

[✉ kab-impuls@ketteler-verlag.de](mailto:kab-impuls@ketteler-verlag.de)
[🌐 www.kab.de/service/kab-impuls](http://www.kab.de/service/kab-impuls)

INHALT



Corona belastet die Bildung

► **TITEL-THEMA** Seite 6



Partner: 60 Jahre Weltnotwerk

► **INTERNATIONALES** Seite 15



Heil stoppt Werkverträge ►

GESELLSCHAFT Seite 23

MINDESTLOHN-KAMPAGNE

Petition unterstützen und gewinnen	4
Mindestlohn: 15 Cent mehr ab 2021	4
Fünf gute Gründe für KAB-Mindestlohn	4
Gerechter Lohn aus biblischer Sicht	5

TITELTHEMA

Bildung unter der Corona-Maske	6
Lübke-Haus in Corona-Zeiten	7
Corona offenbart Unterschiede	8
Bildungseinrichtungen starten wieder	9
Interview mit Prof. Dr. Oskar Negt	10

KAB BEWEGT

Mercosur-Abkommen stoppen	12
7. Oktober – KAB-Aktionstag	12
Eirich mahnt Sonntagsschutz an	13
Bundesvorstand auf Sommertour	14

AUS DEN DIÖZESANVERBÄNDEN

19

AUS DEN ORTSVERBÄNDEN

21

INTERNATIONALES

60 Jahre Weltnotwerk	15
Josef Winkelheide erinnert sich	16
Partnerschaft auf Augenhöhe	17
Corona-Solidarität unter Partnern	18

GESELLSCHAFT

Regierung stoppt Werkverträge	23
Fleischindustrie als Sklavenhalter	24
Grundeinkommen für Europa	25
Der Virus und die Wirtschaft	26

SERVICE / RECHT

KAB-Kompetenz an Bundesgerichten	27
----------------------------------	----

BUCHTIPPS

Moewes: Arbeit ruiniert die Welt	28
Audresch: Schleichend an die Macht	28

LESERBRIEFE

28/29

IMPRESSUM

29

RÄTSELPASS

30

UNTERSCHRIFTENAKTION

AUSFÜLLEN UND GEWINNEN	31
------------------------	----

Armutsfalle Mindestlohn

15 Cent brutto mehr schützen nicht vor Altersarmut



Arm trotz Arbeit. Junge CAJler protestieren in München gegen ausufernde Hungerlöhne und für einen existenzsichernden Mindestlohn. Foto: KAB

„Die Mindestlohnerhöhung um 15 Cent zum 1. Januar 2021 und die stufenweise Anhebung auf 10,45 Euro erst ab Juli 2022 hält Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Armutsfalle gefangen.“ Dies betonte KAB-Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann direkt nach Be-

kanntgabe der Empfehlung der Mindestlohn-Kommission. Die KAB ruft in einer Online-Petition an Bundesarbeitsminister Hubertus Heil dazu auf, durch eine Gesetzesinitiative einen armutsfesten Mindestlohn in Höhe von mindestens 13,69 Euro umzusetzen; auch, um Altersarmut zu vermeiden.

Unterstützen und gewinnen

Mit Unterschriftenlisten und einer Online-Petition mischt sich die KAB in die Diskussion um einen armutsfesten Mindestlohn ein. Selbst Arbeitsminister Hubertus Heil erklärte bei der Präsentation der Kommissions-Vorschläge, dass diese zu gering ausfielen. Und auch Sozialverbände fordern einen Mindestlohn von mindestens 13 Euro.

Unterstützen Sie deshalb die Gesetzesinitiative der KAB für einen armutsfesten Mindestlohn. Wer unterschreibt und seine Unterschrift an die KAB schickt, erhält ein kleines Dankeschön. Wer eine volle Unterschriftenliste ein-sendet, nimmt automatisch an der Verlosung teil.

Gewinn: 3 x 2 Karten für einen Besuch auf dem Dach des Kölner Doms. (Liste auf Seite 31)

Fünf gute Gründe für KAB-Mindestlohn!

Liebe KABlerinnen und KABler,

unser Verband steht wie kein zweiter für die Lebendigkeit des sozialen Gewissens der katholischen Kirche. Für deren Glaubwürdigkeit ist dies in einer Zeit, in der kirchliche Gremien fast nur noch mit sich selbst beschäftigt sind, von größter Bedeutung. Bitte zeigt mit eurer Unterstützung für die Mindestlohnkampagne, dass Katholikinnen und Katholiken nach wie vor ein Gespür für die Ängste und Nöte der Menschen von heute haben. Deshalb setzen sie sich für eine Gesellschaft ein, die allen ein Leben in Würde ermöglicht.

Fünf gute Gründe die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung mit ihrer Mindestlohn-Petition zu unterstützen:

1. Grund Arbeit ist Ausdruck menschlicher Würde und muss Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Vollzeit- und Teilzeitarbeit ein Leben ohne Armut ermöglichen. Die Option für die Armen beginnt mit einem gerechten Lohn für gute Arbeit und in diesem Fall mit dem Kampf der KAB für einen fairen Mindestlohn.

2. Grund Mit der Mindestlohn-Petition an Bundesarbeitsminister Hubertus Heil setzt sich die KAB für eine Gesetzesreform ein, die es ermöglicht, einen armutsfesten Mindestlohn im Parlament zu beschließen. Der Bundesarbeitsminister ist für diese Frage der erste Ansprechpartner.

3. Grund Immer mehr Menschen arbeiten im Niedriglohnbereich am Rand der Armutsgrenze. Ih-

nen gibt die KAB mit ihrer Unterschrift der Mindestlohn-Petition eine laute Stimme in Politik und Gesellschaft.

4. Grund Mit einem armutsfesten Mindestlohn wird Lohndumping im Niedriglohnbereich gestoppt und ein fairer Wettbewerb möglich gemacht. Dafür setzt sich die KAB mit der Mindestlohn-Kampagne ein.

5. Grund Ein sozial gerechter Mindestlohn schwächt nicht die Wirtschaft, sondern stärkt die Nachfrage (den Konsum) und somit viele Betriebe. Mit der Mindestlohn-Kampagne unterstreicht die KAB ihren Einsatz für nachhaltige Wirtschaftsprozesse.

Ein Arbeitslohn, „der recht ist“

Ein biblischer Seitenblick auf den Mindestlohn von Bundespräsident Stefan Eirich

Liebe Frauen und Männer in der KAB, liebe Engagierte für gerecht bezahlte Arbeit, die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung kämpft für einen Mindestlohn in Höhe von 13,69 Euro. Bitte unterstützen Sie dieses Anliegen mit Ihrer Unterschrift. Die Mindestlohnforderung ist mir deshalb ein Herzensanliegen, weil ich als engagierter Christ davon überzeugt bin, dass „ein Recht auf seinen Lohn hat, wer arbeitet“ (1Tim 5,18). Dieser biblische Grundsatz gilt bis heute. Es geht dabei aber nicht um irgendeinen Hungerlohn, sondern um eine Bezahlung, von der ich leben kann. Ja, gerechte Entlohnung ist ein Menschenrecht, weil sie direkt die Existenzgrundlage der Arbeitenden betrifft.

In diesem Sinn verstehe ich auch die Lohnzusage, die im Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg eine zentrale Rolle spielt. Kurz zur Erinnerung: Alle Arbeiter erhalten in dieser Erzählung Jesu, egal, wie lange sie gearbeitet haben, denselben Lohn. Der Weinbergbesitzer stellt eine „gerechte“ Bezahlung in Aussicht: „ich werde euch geben, was recht ist“ (Mt 20,4). Gewohnheitsmäßig wird an dieser Stelle der Einwand laut, Jesus ginge es mit diesem Gleichnis um die Logik der Liebe Gottes, nicht aber um ein lohnpolitisches Statement. Umso mehr ist aber zu betonen, dass der Kreis der Jünger*innen und die urchristlichen Gemeinden die Bedeutung der frohen Botschaft von der Liebe Gottes für ihr Leben im Hier und Jetzt sehr ernst genommen haben. Sozialethische Wirksamkeit gehörte für sie einfach dazu. Und das sollte auch bei uns so sein.

Perspektive für ein sicheres Leben im Alter

Die Arbeitswelt im Weinberg ist einer der vielen konkreten Orte in der Erzählsprache Jesu, an denen sich zeigt, dass die frohe Botschaft für Christ*innen der Antrieb sein sollte, um Gerech-



Mindestlohn in deutschen Weinbergen. Erntehelfer müssen oft mit einem geringen Lohn auskommen. Foto: Rabbe

tigkeit, Menschenwürde und sozialem Frieden in dieser Welt Raum zu verschaffen. So betrachte ich den Weinbergbesitzer als einen vorbildlichen Unternehmer. Er zeigt sozial sensibles Verantwortungsbewusstsein. Als Arbeitgeber ist er seinen Mitarbeiter*innen eng verbunden und übernimmt Verantwortung für sie. Sein Gerechtigkeitsempfinden zielt darauf ab, dass jede und jeder mindestens das bekommt, was sie, was er zum Leben braucht – und das nicht erst im Himmel, sondern jetzt. Außerdem: Mit dem von ihm bezahlten Lohn konnte eine Familie für einen Tag leben. Nur der ungefährdete Bestand der Familie bot lange über die Zeit Jesu hinaus die wichtigste Perspektive für ein sicheres Leben im Alter.

Die enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, von denen Unternehmen aller Größen im Gefolge der Corona-Pandemie betroffen sind, bringen wieder vermehrt Wirtschafts- und Geschäftsideen auf den Plan, bei denen die Zukunft der Gehaltsempfänger keine Rolle spielt.

Stattdessen basieren diese darauf, ein Gehalt zu zahlen, das weder kurzfristig und schon gar nicht auf lange Sicht für den Lebensabend ausreicht.

Zum Leben reichen

Ein gerechter Lohn muss nicht nur aktuell zum Leben reichen. Er darf vor allem nicht zu späterer Altersarmut führen! Daher fordert die KAB, den Arbeitenden das zu geben, „was recht ist“: derzeit 13,69 Euro brutto pro Stunde.

Das sollten die Mitglieder der Mindestlohnkommission zukünftig bedenken. Vielleicht sollten sie sich öfter mal die Frage stellen, was sie für angemessen und „recht“ halten würden, wenn sie im Niedriglohnbereich arbeiten würden und wie es dann um ihren Lebensabend bestellt wäre? Und vielleicht sollten sie für die ethische Grundlage ihrer nächsten Entscheidungen ab und an



Lic. theol. Stefan B. Eirich, Bundespräsident der KAB Deutschlands

einen „biblischen Seitenblick“ wagen.
Stefan Eirich, Bundespräsident der KAB Deutschlands

Bildung: Gefahr einer „Corona-Generation“

Pandemie-Maßnahmen haben die Fort-, Weiter- und Ausbildung radikal verändert



Der Lockdown und die vielen unterschiedlichen Pandemie-Maßnahmen haben sich auf die Bildungssituation in Deutschland und Europa katastrophal ausgewirkt. Schulen blieben lange Zeit geschlossen, der Unterricht fand per Post oder E-Mail statt. Und zum Schulstart in diesen Tagen verordneten die Schulministerien Maskenpflicht. Auch die Vorlesungen in den Hochschulen und Universitäten fanden und finden meist per Video oder Videostream statt. Wichtige Praktika wurden ganz gestrichen, direkte Erfahrungen fehlen. Lediglich Klausuren fanden unter größter Sicherheit statt, um Abschlüsse zu ermöglichen.

Ausbildungsprämie soll Betriebe entlasten

Mittlerweile wird von der „Corona-Generation“ gesprochen, die durch

die Pandemie-Maßnahmen eine verkürzte Ausbildungszeit, wenig gemeinsame Zeit zum Lernen oder gar keine Ausbildung machen können, da auch einige Branchen unter den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise leiden. Kleineren und mittleren Unternehmen fehlt derzeit das Geld für die Ausbildung junger Menschen. Das Bundesarbeitsministerium hat daher gerade für diese Betriebe ein Förderprogramm aufgelegt. „Die duale Ausbildung ist ein Markenkern unseres Landes und das qualifikatorische Rückgrat unseres deutschen Wirtschaftsmodells. Wir wollen keinen Ausbildungs-Corona-Jahrgang in diesem Jahr, denn nach der Pandemie fehlen uns dann die ausgebildeten Fachkräfte“, so der Bundesarbeitsminister Hubertus Heil. Für bestimmte Betriebe gibt es eine Ausbildungsprämie von bis zu 3000 Euro. Doch laut

Bundesarbeitsagentur ist der Effekt durch das Coronavirus geringer als der ablesbare Rückgang, denn bereits vor der Pandemie war die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen und Bewerber rückläufig.

Lockdown traf Bildungsträger

Anders dagegen im Bereich der Fort- und Weiterbildung. Private und verbandliche Bildungseinrichtungen mussten ihre Einrichtungen komplett schließen, Mitarbeiter in Kurzarbeit schicken, da die Finanzierung der hauptamtlichen pädagogischen Fachkräfte an die Anzahl der Unterrichtsstunden gekoppelt ist (siehe nebenstehenden Bericht). Auch jetzt, trotz Lockerungen, ist die Rückkehr zur „neuen Normalität“ noch ein langer Weg für die Träger von Fort- und Weiterbildungseinrichtungen.

Bildung ist der beste Reiseproviant ...



Die pädagogischen Mitarbeiter*innen im HLH sind nach dem Lockdown wieder präsent.

Und sogar für „... die Reise zum hohen Alter“. Dieser Satz von Aristoteles verdeutlicht anschaulich, dass wir in einen lebenslangen Prozess der Aus-, Fort- und Weiterbildung eingebunden sind. Aber was passiert eigentlich, wenn die „Küche kalt“ oder geschlossen ist und kein Proviant zur Verfügung steht? Letzteres musste in den vergangenen Monaten auch das Heinrich Lübke Haus am Möhnesee erfahren. Die Corona-Pandemie zwang zur Schließung des Hauses. Es konnten keine Seminare der Heimvolkshochschule stattfinden – erstmalig seit über 45 Jahren.

Und dann kommt Corona ...

Bildung war und ist für mich und meine Kolleg*innen eine Herzensangelegenheit. Gilt es doch, durch Bildungsarbeit Menschen zu befähigen, ihr Leben zu gestalten. Doch nicht nur das, Menschen werden auch ermutigt, sich für das Allgemeinwohl zu engagieren. So werden nicht nur Inhalte vermittelt, sondern die Teilnehmer*innen festigen und erweitern ihre ganz persönlichen Kompetenzen. „Das ist werteorientierte Bildungsar-

beit seit mehr als vier Jahrzehnten.“ Im Vergleich zum Vorjahr wurden im ersten Halbjahr 2020 mehr als 2.700 Teilnehmer*innen weniger erreicht. Das sind etwa 40 Prozent. Ein solcher Lockdown ist für ein Haus dieser Größe verständlicherweise eine äußerst große Belastung. Da sind zum einen die wegbrechenden Einnahmen durch die Teilnahmegebühren. Viele Gäste hatten bereits ihre Anzahlungen getätigt. Da die Seminare dann nicht stattfinden konnten, wurden diese Zahlungen selbstverständlich erstattet. Hinzu kommen die ausbleibenden Zahlungen neu anreisender Teilnehmer*innen. Insgesamt fehlen so für die Frühjahrsmonate bis zum Sommer etwa 50 Prozent der üblichen finanziellen Mittel. Es bleibt zu hoffen, dass die zusätzliche finanzielle Unterstützung, die das Land NRW schon zugesagt hat, auch wirklich bald ausgezahlt wird.

Lockdown mit Kurzarbeit

Für die Mitarbeiter*innen des Hauses bedeutete der Lockdown leider den Gang in die Kurzarbeit. Ein schwerer Gang, der allen Beteiligten nicht leichtgefallen ist. Doch er war notwendig,

um ohne Entlassungen diese Krise zu überstehen. Bis heute ist dies geglückt.

Zum anderen gab es aber auch die Stille und Leere. Die wenigen Mitarbeiter*innen, die in diesen Wochen im Haus tätig waren, empfanden diese Stille als sehr bedrückend. Vermisst wurden die Gespräche, die Begegnungen, das Lachen, die Diskussionen – ja selbst die Beschwerden von Gästen.

Glücklicherweise konnte dann Mitte Mai ein erster Schritt hin zu einer Wiedereröffnung des Heinrich Lübke Hauses gegangen werden. Wenige Einzeltage, kleinere Gruppen und erste Seminare fanden wieder statt. Es kam wieder Leben ins Haus. Ein Hygieneschutzplan wurde erarbeitet, umgesetzt und immer wieder aktualisiert.

Einige der ausgefallenen Seminare konnten auf das zweite Halbjahr 2020 verschoben werden. Demnach ist der Kalender für diese Zeit im Moment noch gut gefüllt. Wenn nichts dazwischenkommt und weitere Stornierungen ausbleiben, dann können die Mitarbeiter*innen dem Bildungsauftrag des Hauses nach den Sommerferien wieder nachgehen.

„Über den Berg sind wir jedoch noch nicht“, sagt Martin Weimer. „Aber die Hoffnung bleibt, das Ganze mit zwei blauen Augen zu überstehen.“



Längst ist die Küche wieder geöffnet: so gibt es auch wieder den anderen Proviant – nicht nur den für den Geist.

Martin Weimer, Leiter der Heimvolkshochschule Heinrich Lübke Haus der KAB

Homeschooling ohne Laptop

Lockdown verstärkt Ungerechtigkeiten

Homeschooling ist zum Begriff für einen bildungspolitischen Ausnahmezustand geworden. Geschlossene Schulen führten zu einem häufig improvisierten Heimunterricht. Das verstärkt die soziale Spaltung der Gesellschaft.

Die Corona-Krise hat eindrücklich demonstriert, dass Schulen nicht nur dazu dienen, Lernziele zu erreichen. Wie die Kitas haben sie auch eine Betreuungsfunktion, die Voll- oder zumindest Teilzeiterwerbsarbeit beider Elternteile überhaupt erst ermöglicht. Die Kombination von Homeoffice und Homeschooling überforderte viele Familien, vor allem die Mütter. Der früh laut werdende Ruf nach vollständiger Öffnung von Schulen und Tagesstätten war ein Ausdruck der Zermürbung. Kurz vor den Sommerferien kehrten Kinder und Jugendliche nach wochenlangem Heimunterricht schrittweise zurück in ihre Klassen. Doch auch im neuen Schuljahr wird vieles anders sein, Normalität ist nicht in Sicht.

Digitalpakt greift erst nächstes Jahr

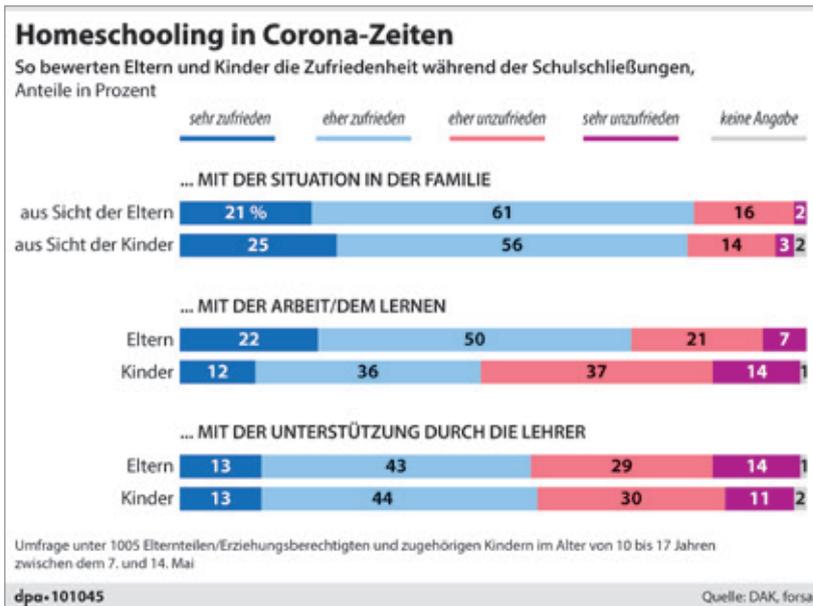
Kontaktverbote lassen sich im Eigenheim leichter aushalten als in einer kleinen Etagenwohnung. Und der digitale Fernunterricht zu Hause verschärft soziale Unterschiede. In beengten Verhältnissen fehlt schlicht der Platz zum Erledigen der Schulaufgaben. Ausweichmöglichkeiten wie Stadtbibliotheken waren zeitweise geschlossen oder konnten zumindest nicht als Treffpunkt zum gemeinsamen Lernen genutzt werden. Und auch elektronische Endgeräte sind in vielen Familien wenig oder gar nicht verfügbar. Meist gibt es nur Handys, Tastaturen fehlen

ebenso wie ein Drucker oder eine funktionierende E-Mail-Adresse. Die von der Bundesregierung zugesagte Förderung virtueller Bildung enthält

Kräfte in Problemvierteln beobachten, dass die Sprachkompetenz der Kinder von Geflüchteten in den letzten Monaten gesunken ist – weil in den Familien zu wenig Deutsch geredet wird. Die Schulhofpause fehlt.

Auf die Folgen zugesperrter Schulen für Bildungsgerechtigkeit und Qualifikation hat eine Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft hingewiesen. Sie ergab, dass nur 15 Prozent der Zwölfjährigen und 27 Prozent der 14-Jährigen aus Hartz-IV-Haushalten einen eigenen Rechner nutzen können. Auch die Versorgung mit Büchern ist unzureichend. Studienautor Axel Plünnecke regt an, dass die Schulen Chancenbeauftragte ernennen, die sich speziell um die Kinder kümmern, die während des Lockdowns zurückgefallen sind.

Mit der Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts begann eine brisante Debatte über verteilungspolitische Fragen: Wessen Interessen haben Vorrang? Wer darf wann und wie oft wieder in die Schule? Warum sind Abiturprüfungen wichtiger als die künftigen Bildungschancen migrantischer Kinder? Wo es an technischer Infrastruktur und kompetenter Begleitung gemangelt habe, so berichten Lehrkräfte übereinstimmend, sind in der Hochphase der Pandemie erhebliche Defizite entstanden. Auch die an manchen Schulen angebotenen Ferienkurse können das nicht vollständig ausgleichen. Kinder aus benachteiligten Familien sind besonders angewiesen auf persönlichen Kontakt und ein beziehungsorientiertes Lernen – das im digitalen Fernunterricht nur begrenzt möglich ist. **Thomas Gesterkamp**

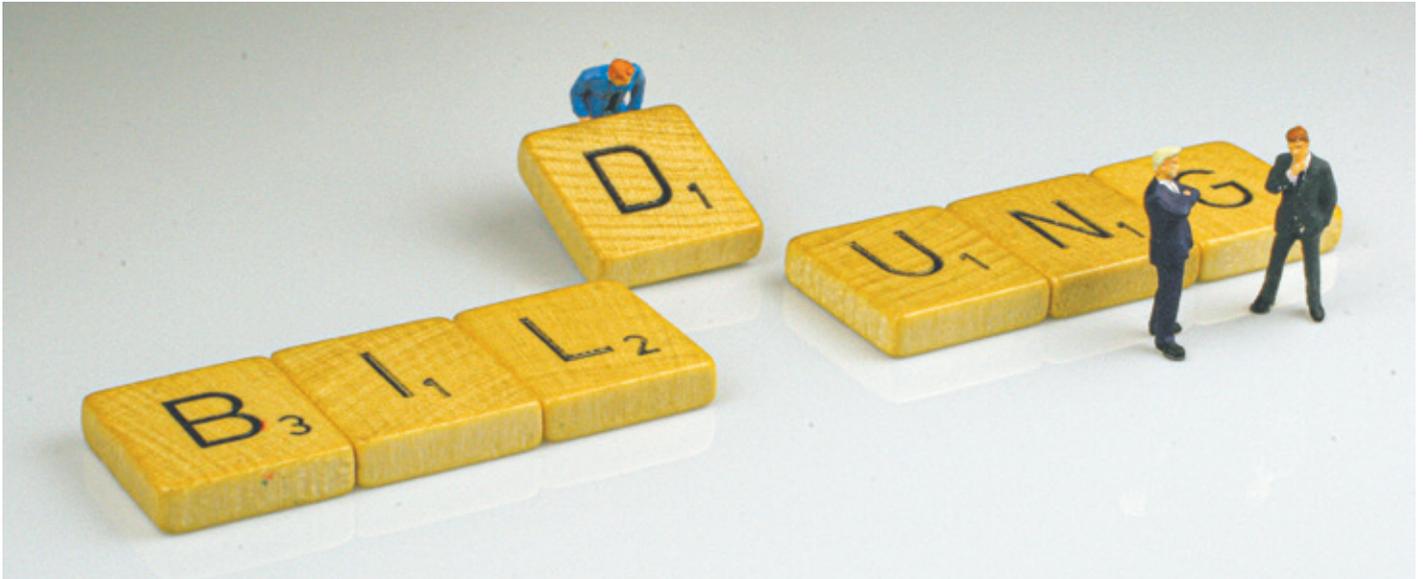


neuerdings auch Zuschüsse von (eher mageren) 150 Euro für bedürftige Schülerinnen und Schüler. Die meisten Gelder des 2019 vereinbarten Digitalpakts fließen aber erst in den kommenden Jahren, zudem liegt der Schwerpunkt des Programms auf Lernsoftware. Das hilft vor allem Kindern, die zu Hause über Computer, WLAN-Anschluss und ein eigenes Zimmer verfügen.

Noch schwerer wiegt das „kulturelle Kapital“, wie es der französische Soziologe Pierre Bourdieu in seiner Forschung genannt hat: die Bildungsressourcen der Eltern. Zwar sind Abitur oder Hochschulexamen keine Garantie für eine fachkompetente Pädagogik und Didaktik. Doch wenn Mama und Papa studiert haben, können sie ihre Kinder oft besser unterstützen als Eltern mit Hauptschulabschluss. Lehr-

Corona beeinflusst Bildung im Verband

Familienferien unter Corona-Bedingungen im Könzgenhaus / Sommerakademie gestoppt



Könzgenhaus: Erholsamer Urlaub für Familien

Die **Einschränkungen** durch Pandemie-Maßnahmen haben Familien doppelt getroffen. Eltern im Homeoffice oder Kurzarbeit, die Kinder mit Video-Unterricht in der Wohnung. Kontakte nach außen fehlten. Die Enge in der Familie brachte manche in die Krise. Gerade in diesem Jahr sei es wichtig, erholsame Ferientage für die ganze Familie anzubieten, meint Annette Seier, stellvertretende Geschäftsführerin des Könzgenhauses in Haltern. Sie organisiert mit Kolleg*innen ein Freizeitangebot für die ganze Familie, das die KAB-Familienbildungsstätte anbietet. Zielgruppe sind Familien mit dem kleinen Geldbeutel, die gerade durch Corona am stärksten betroffen sind.

So starteten am Anfang der NRW-Schulferien zehn Familien aus dem Münsterland und Ruhrgebiet in einen zweiwöchigen kostengünstigen Erholungsurlaub, viele sind nicht zum ersten Mal im Könzgenhaus. Die Kinder werden vom qualifizierten Team betreut, sodass die Eltern Luft und Zeit

haben, eigene Wünsche umzusetzen. Dennoch wird Gemeinschaft groß geschrieben, auch wenn diese unter strengsten Hygiene- und Schutzmaßnahmen stattfindet. Für Familien, die Leistungen nach dem Arbeitslosengeld II beziehen, wird der günstige Familienurlaub verbilligt angeboten. „Unser Haus unterstützt diejenigen, denen es finanziell nicht so gut geht. Andere zahlen den vollen Preis. Das hat gute Tradition bei der KAB“, erklärt Annette Seier.

Mehr unter www.koenzgenhaus.de

Münster: Bildungswerk startet wieder

Erste Präsenz-Veranstaltungen, sprich Treffen von Menschen in Seminaren, Tages- und Bildngsveranstaltungen, führt das Bildungswerk der KAB im Bistum Münster seit Ende Juni wieder durch. Aber: „Vorsichtig und langsam – und angepasst an die jeweilige Situation vor Ort“, versichert Bildungswerkleiterin Ortrud Harhues. Um die Pandemie-Vorschriften einzuhalten, finden die Bildungsveranstaltungen mit geringerer Teilnehmerzahl

statt. Gemeinsam mit den Regionalsekretär*innen.

Sommerakademie fällt aus

Vieles was national schon möglich ist, bleibt unter internationalen Bedingungen noch außen vor. So wird die Internationale Sommerakademie der deutschsprachigen KAB-Bewegungen in diesem Jahr ausfallen, teilte Mechthild Hartmann-Schäfers mit. Aufgrund der aktuellen Corona-Krise und der Reisebeschränkungen in Europa musste die 10. Internationale Sommerakademie, die vom 6. bis 12. September 2020 geplant war, verschoben werden. Das Seminar, unterstützt vom Europäischen Zentrum für Arbeitnehmerfragen (EZA), findet nun im Frühjahr kommenden Jahres vom 21. bis 27. März 2021 statt. Das Thema der Akademie „Neue Arbeit – Sozial und gerecht! Das Gute wachsen lassen in Europa“ findet in der Cusanus-Akademie in Brixen, Südtirol, statt. Anfragen bitte an: mechthild.hartmann-schaefers@kab.de

„Keine Kausalität zwischen Bildung und Radikalisierung“

Interview mit dem Sozialphilosophen Prof. Dr. Oskar Negt

Was kann Bildung und Fortbildung in einer sich zunehmend polarisierenden Gesellschaft leisten? Impuls-Mitarbeiter Gerhard Endres fragte den Sozialphilosophen Prof. Dr. Oskar Negt zum Zusammenhang zwischen Rechtsradikalismus und politischer Bildung.

Impuls: Herr Prof. Negt, inwiefern hat sich der Stellenwert der politischen Bildung in der Arbeitswelt verändert?

NEGT: Der Stellenwert der politischen Bildung ist, nüchtern betrachtet, größer als je zuvor. Meine eigene Definition von politischer Bildung besteht in der Entwicklung von Meta-Kompetenzen, wie zum Beispiel ökologische Kompetenz, ökonomische Kompetenz, technologische Kompetenz, Gerechtigkeits- und Geschichtskompetenz sowie der Kompetenz, Zusammenhänge herzustellen. In allen diesen Kompetenzen ist der Bezug zum Gemeinwesen der entscheidende Kern. Das Vermitteln von Fähigkeiten, die Zusammenhänge erkennen und analysieren helfen und die Urteilsfähigkeit ausbilden, ist an Dringlichkeit heute kaum zu übertreffen. In Zeiten großer Verunsicherung, Orientierungslosigkeit und auch von Angst bedarf es solcher Instrumente, die dabei helfen, auch komplexe Verhältnisse zu verstehen und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Diese Fähigkeit wird beispielsweise unterstützt durch historische Kenntnisse, die davor bewahren, vorschnelle Analogien z.B. zwischen der Weimarer Republik und der gegenwärtigen Bundesrepublik zu ziehen, auch wenn für beide das Erstarken rechtsradikaler Bewegungen charakteristisch ist – die Gründe dafür sind jedoch sehr unterschiedliche.

Impuls: Die Digitalisierung der Wirtschaft treibt Unternehmen



Der Stellenwert der politischen Bildung ist nach Ansicht des Sozialphilosophen Prof. Dr. Oskar Negt größer als je zuvor. Foto: Hohenschue

und Beschäftigte vor sich her. **Mithalten oder abgehängt werden, scheint die Devise. Das Mantra der Wirtschaft und der Politik lautet, ständige berufliche Qualifizierung, Weiterbildung – lebenslanges Lernen, um nicht arbeitslos zu werden. Was kann politische Bildung dem entgegensetzen?**

NEGT: Zunächst muss eine Aufklärung darüber erfolgen, dass es sich um eine Ideologie handelt, Fortbildung könne Arbeitslosigkeit verhindern.

Jedoch kann und muss über die faktisch sich vollziehende Digitalisie-

rung eine Aufklärung stattfinden, die auch diese Entwicklung entdämonisiert. In gewissem Umfang kann die digitale Revolution des Erwerbslebens Arbeitsprozesse auch vereinfachen und entlasten.

Dass dieser Vorgang allzu oft mit Arbeitsverdichtungen und Intensivierungen verknüpft ist, soll natürlich nicht verschwiegen werden.

Politische Bildung kann und muss dabei helfen, Verständnis der digitalen Ansätze ebenso zu ermitteln – im Sinne handwerklicher Fähigkeiten – wie auch eine kritische Einschätzung der Möglichkeiten vorzunehmen und

die mit der Digitalisierung verbundenen Gefahren frühzeitig zu erkennen. Politische Bildung kann und muss dazu beitragen, ein scharfes Verständnis für die Maßverhältnisse dieser Veränderungen herzustellen und dabei eine klare Interessenbindung zu behalten: Was dient tatsächlich den Unternehmensinteressen und was ist durchaus im Interesse der Erwerbstätigen und bedarf daher der Akzeptanz.

Impuls: Möglichkeiten zum Homeoffice ...

NEGT: Ganz eindeutig ermöglicht die Digitalisierung die Entkoppelung von Arbeitsleistung und Arbeitsort, auf kleinen Maschinen können zahlreiche Arbeiten von jedem Ort der Welt aus geleistet werden. Das führt einerseits zu der Gefahr einer 24/7-Verfügbarkeit, die Grenzen zwischen Arbeitszeit und Freizeit lösen sich auf – es führt aber auch zu einer Entbindung von kollektiven Erfahrungen. Das betrifft auch die betrieblichen Interessenvertretungen und ihre Organe, wenn es keine stabile und bleibende Gruppe der Beschäftigten mehr gibt, wird auch deren Vertretung immer schwieriger und die Erwerbstätigen selbst erkennen immer weniger den Nutzen, ja die Notwendigkeit, sich und ihre Interessen gewerkschaftlich oder durch andere Formen der Institutionalisierung zu vertreten.

Impuls: Der Anschlag in Halle, der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke sind die jüngsten Beispiele für eine zunehmen-

de Radikalisierung. Gibt es eine Verbindung zwischen dem Rückgang politischer Bildung und solchen Phänomenen?

NEGT: Das ist eine schwierige Frage. Grundsätzlich bin ich der Auffassung, dass Gewalttaten wie diese Morde niemals politisch zu begründen sind, insofern kann es auch keine unmittelbare Kausalität geben zwischen dem Rückgang politischer Bildung und solchen Radikalisierungen.

Jedoch ist die zunehmende sprachliche Verrohung, die auch vor solchen Bedrohungen nicht zurückschreckt, ein Grund zu erheblicher Besorgnis. Nicht umsonst gibt es ja den Begriff der Sprachhandlung: er meint, dass, was einmal gedacht und sprachlich ausgedrückt wurde, leichter die Grenze zwischen Wort und Tat, also der Handlung, überwindet. Dies umso eher, je größer der Beifall ist, die Legitimation durch soziale Netzwerke und auch in politischen Zusammenhängen der populistischen und rechtsradikalen Szene.

Impuls: Was muss politische Bildung heute leisten, damit auch Arbeitnehmer*innen als mündige Bürger Gesellschaft und Arbeitswelt aktiver mitgestalten können?

NEGT: Hier sehe ich somit auch weiterhin die Aufgaben einer politischen Bildung, nämlich Aufklärung zu ermöglichen und aktiv zu betreiben. Welche konkreten Formen das annimmt, hängt natürlich von der konkreten Umgebung ab. Wenn etwa bei Betriebsratswahlen rechtsradikale Listen

aufgestellt werden, wird für die Gewerkschaftslisten deutlich, dass sie auf demokratische Weise ihren Ansatz erklären, vertreten und durch bessere Argumente überzeugen – und sich nicht länger darauf verlassen können, dass die Milieus schon wissen werden, wie und wen sie zu wählen haben. Es ist davor zu warnen, dass die demokratischen Prozeduren, und hier vorrangig die Wahlen, von rechtsradikalen Kräften dazu genutzt werden sollen, die demokratischen Strukturen mithilfe dieser Wahlen zu schwächen und sogar abzuschaffen. Solche Zusammenhänge (historische Kompetenz) sind aufzuzeigen und haben nichts mit Diffamierung eines politisch Andersdenkenden zu tun.

Impuls: Wie muss sie aussehen?

NEGT: Erfahrungsbezogen, konkret und lebendig. Bildung ist eben nicht allein die berufliche Fortbildung zur Sicherung des Arbeitsplatzes; Bildung ist auch und wieder mehr die Fähigkeit, Ideologien als solche zu durchschauen, Zusammenhänge zu erkennen, auch wenn die wachsende Komplexität oft eine große Herausforderung darstellt. Diese muss aufgenommen werden, denn andernfalls gewinnen diejenigen mit den einfachen, rückwärtsgewandten Antworten, die Komplexität reduzieren, indem sie Lügen verbreiten statt mit Argumenten zu überzeugen.



Bildungszentrum der
KAB gGmbH Thüringen

WIR BAUEN BRÜCKEN INS LEBEN.

Feldstraße 43 | 99974 Mühlhausen | Tel. 03601 8886640 | www.kab-thueringen.de

- ▶ AUSBILDUNGSBETRIEB
- ▶ FÖRDERBERUFSSCHULE
- ▶ JUGENDHILFE UND SCHULE
- ▶ ARBEITSMARKTDIENSTLEISTUNGEN

JETZT
BEWERBEN!

Wir bieten einen Platz im BVJ in unserer Förderberufsschule!
Wir suchen engagierte Mitarbeiter für unser Betreuersteam
in der Mutter/Vater-Kind Wohngruppe „Angerhof“!

Schlupflöcher schließen

Als einen Erfolg auch der vielen Bemühungen der KAB wertet KAB-Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann den Gesetzesentwurf zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie. „Das Ausufern von Subunternehmen mit Scheinselbstständigen und Werkverträgen wird endlich gestoppt“, erklärte der Bundesvorsitzende. Zu lange habe die Politik trotz jahrelanger Mahnungen und Gespräche weggeschaut oder nur halbherzig reagiert. Dass Corona nun erneut drastisch die Missstände offengelegt habe, beweist, dass die Forderungen der KAB nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen richtig waren. „Nun müssen wir auf die Umsetzung achten und aufpassen, dass die Unternehmen nicht neue Schlupflöcher finden, um ihre Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmer*innen abzuschieben“, betonte Luttmer-Bensmann.

KAB-Aktionstag

Der 7. Oktober, der KAB-Aktionstag für menschenwürdige Arbeit, steht in diesem Jahr ganz im Zeichen eines arbeitsfesten Mindestlohns. KAB-Vereine sind aufgerufen, sich mit Veranstaltungen wie Gebetskreise, Gottesdienste oder anderen Veranstaltungen an dem Tag zu beteiligen. Beim Bundesverband kann für eine Spende von zehn Euro ein umfangreiches Aktionspaket mit der Aktionskerze bestellt werden. Anfragen und Bestellungen bei der KAB Deutschlands, Bernhard-Letterhaus-Straße 26, 50767 Köln, Tel.: 0221/77 22-0 oder info@kab.de

KAB: Mercosur-Abkommen muss gestoppt werden

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der Verantwortung



Vor dem Kanzleramt wird der Stopp des Mercosur-Abkommens gefordert.
Foto: Uwe Hirsch

Die Bundeskanzlerin muss die deutsche EU-Ratspräsidentschaft nutzen, faire Handels- und Wirtschaftsbeziehungen in der EU auf die Agenda zu setzen“, erklärte KAB-Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann. Gemeinsam in einem Bündnis mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den Bereichen Umweltschutz, Landwirtschaft, privater und kirchlicher Entwicklungspolitik und Sozialverbänden hat die KAB den Stopp des Mercosur-Abkommens der EU mit Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay gefordert. Mit einer Aktion vorm Kanzleramt Ende Juni hatte

das Bündnis auf die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Folgen in diesen Ländern hingewiesen. „In Brasilien lässt Präsident Bolsonaro Streiks von Arbeitern mit Gewalt niederknüppeln, Gewerkschaften unterdrücken und die Rechte indigener Völker werden mit Füßen getreten“, so der KAB-Bundesvorsitzender. Die KAB appelliert an die Bundesregierung, Arbeits-, Sozial- und Menschenrechte und eine nachhaltige Umweltpolitik zur Grundlage aller EU-Handels- und Wirtschaftsabkommen zu machen. „Das Mercosur-Abkommen muss gestoppt werden“, so die KAB.

Druck für Lieferkettengesetz

Die KAB drängt Bundeswirtschaftsminister Peter Altmeier, endlich die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags zu einem Lieferkettengesetz umzusetzen. „Die Zeit freiwilliger Vereinbarungen muss jetzt vorbei sein. Unternehmen in Deutschland hatten die Chance, beim Menschenrechtstest der Bundesregierung zu beweisen, dass sie freiwillig genug für die Menschenrechte entlang ihrer Lieferketten tun“, erklärte Andreas Luttmer-Bensmann.

Überall auf der Welt leiden Menschen und Umwelt unter den gewissenlosen Geschäften deutscher Unternehmen. Nur wenige deutsche Unternehmen bemühen sich freiwillig um Menschenrechte und Umweltschutz. Die KAB Deutschlands setzt sich daher mit der Initiative „Lieferkettengesetz“ für eine gesetzliche Regelung ein. „Deutschland kann ein Vorbild für andere EU-Staaten sein“, so der Bundesvorsitzende.

Den Sonntag nicht Corona opfern

Politik will noch mehr Sonntagsöffnungen

Gegen Forderungen seitens der Politik und der Wirtschaft, mit zusätzlichen verkaufsoffenen Sonntagen den Einzelhandel stärken zu wollen, hat sich Bundespräsident Stefan Eirich massiv ausgesprochen. Gemeinsam mit Gewerkschaften und kirchlichen Arbeitnehmerorganisationen im bundesweiten Bündnis „Allianz für den freien Sonntag“ hat Eirich sich gegen eine Streichung des gesetzlichen Anlassbezugs ausgesprochen.

Mehr Kaufkraft statt Sonntagsshopping

„Schon jetzt sind die Belastungen durch die Corona-Pandemie für die Beschäftigten im Einzelhandel enorm. Zusätzliche Öffnungszeiten sichern keine Arbeitsplätze, sondern führen zu gesundheitlichen Schäden der Beschäftigten“, erklärte der Bundespräsident in einer Pressemitteilung.

In Nordrhein-Westfalen haben die schwarz-gelbe und in Niedersachsen die rot-grüne Landesregierung die Corona-Krise zum Anlass genommen, Sonntagsshopping ohne Auflagen zu ermöglichen. Ohne an eine zweite Corona-Welle zu denken, sprachen sich auch Wirtschaftsminister Peter Altmaier und FDP-Chef Christian Lindner für mehr verkaufsoffene Sonntage aus. „Wir werden uns zusammen mit unseren kirchlichen Bündnispartnern mit aller Kraft gegen verlängerte Ladenöffnungszeiten und Sonntagsöffnungen wehren“, hatte Verdi-Bundesfachgruppenleiter Orhan Akman daraufhin erklärt.

Bundespräsident Stefan Eirich sprach sich zudem für eine Anhebung des Mindestlohns und eine bessere Bezahlung in den systemrelevanten Berufen aus. „Nicht längere Öffnungszeiten und Sonntagsshopping stärken Konjunktur und Einzelhandel“, erklärte Eirich, „sondern eine höhere Kaufkraft im Niedriglohnbereich.“ Der Bundespräsident kündigte an, dass bei weiteren Verletzungen des gesetzlichen Anlassbezugs für Sonntagsöffnungen die Allianz für den freien Sonntag juristisch dagegen vorgehen wird.

Kritik am Katholischen Büro in NRW

Unverständnis zeigte auch die Sonntags-Allianz über die Äußerungen des Katholischen Büros in Düsseldorf. Dies hatte, anders als das Büro der Bischofskonferenz, dem Vorschlag von FDP-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart, an vier zusätzlichen Sonntagen die Läden in NRW zu öffnen, zugestimmt. „Diese Zustimmung ist ein Schlag ins Gesicht vieler Christen, die sich für den Sonntagsschutz engagieren und nicht zuletzt für die Familien, denn die meisten Beschäftigten im Einzelhandel sind Frauen und Mütter“, erklärte Bundespräsident Stefan Eirich.



Ein gutes Gefühl, vorgesehen zu haben.

Als Mitglied im Sozialwerk
der Katholischen
Arbeitnehmer-Bewegung e.V.
können Sie besonders günstigen
und speziellen Schutz genießen.

- Unfall-Vorsorge mit Notfallhilfe
- Pflegerenten-Risikoversicherung
- Rechtsschutz

Haben Sie Interesse? Dann wenden Sie sich an uns:
ERGO Beratung und Vertrieb AG, ERGO AO/55plus
Überseering 45, 22297 Hamburg
Tel 0800 3746-925 (gebührenfrei)



Mehr darüber erfahren Sie unter:
www.ergo.de/vereine-und-verbaende

ERGO

Menschenwürdiger Arbeit auf der Spur

Bundesvorstand auf Sommertour in der Industrieregion Rhein-Main

Über die drastischen Veränderungen in der Automobil- und Automobilzuliefer-Industrie informierte sich der KAB-Bundesvorstand auf einer Informationstour in Rüsselsheim bei der Betriebsseelsorge und dem Mainzer KAB-Diözesanvorstand. In Rüsselsheim sind derzeit noch rund 2.600 Menschen bei Opel beschäftigt. Mit dem Kauf von Opel durch die französische Groupe PSA kämpft der Standort um weitere Produktionsaufträge. „Im Gespräch steht die Produktion des Astra. Derzeit werden im Stammwerk Rüsselsheim noch die Modelle Insignia und Zafira gefertigt“, so KAB-Diözesanvorsitzender Hans-Peter Greiner.

Die Krise und Umstrukturierung machen sich auch im Zulieferbereich bemerkbar. „In Schweinfurt sind viele tausend Arbeitsplätze in Gefahr“, berichtet KAB-Betriebsseelsorger Peter Hartlaub im Gespräch mit Aschaffenburgs Oberbürgermeister Jürgen Herzing. Erst vor Mitte Juni fand eine große Menschenkette in der Main-Stadt gegen den Jobabbau im Zulieferbereich statt. „Dies ist weniger dem Lockdown durch Corona als vielmehr dem Strukturwandel geschuldet“, erklärte OB Herzing auf Anfrage des Bundesvorstandes. Da Aschaffenburg breit aufgestellt sei, träfe es



Der Bundesvorstand gemeinsam mit Ortsvorsitzende Helga Gesswein (2. von links) und Diözesanvorsitzender Hans-Peter Greiner (rechts) vor dem alten Opel-Werkstor.

Aschaffenburg nicht so heftig wie Schweinfurt.“

Sozialverträgliche Energiewende

Strukturwandel im Energiebereich erlebte der KAB-Bundesvorstand bei seiner Sommertour auch im hessischen Grosskrotzenburg, wo der Energieerzeuger Uniper-Staudinger zur kritischen Infrastruktur gehört und seit Jahren die Kapazitäten herunterfährt. Staudinger ist das größte konventionelle Kraftwerk in Hessen. „Die Blöcke 1 bis 3 sind seit Jahren stillgelegt.

Block 4 dient als Reservekapazität, ist also nur bei Bedarf am Netz. Lediglich Block 5 liefert weiter Strom mit Kohle“, so Betriebsratsvorsitzender Helmut Demel. Uniper stehe hinter dem Kohleausstiegsbeschluss, versicherte Werksleiter Matthias Hube. Über hun-



Treffen mit der Aschaffener Stadtspitze um Oberbürgermeister Jürgen Herzing.

Gemeinsam mit dem Betriebsrat von Uniper-Staudinger plädierte der KAB-Bundesvorstand und Vertreter des KAB-Diözesanverbandes Fulda für einen sozialverträglichen Umbau im Energiebereich.



dert Menschen sind noch beschäftigt. Für mindestens 56 von ihnen sucht Betriebsrat Demel mit dem Unternehmen nach einer Lösung. „Ziel muss es sein, die Umstellung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sozial verträglich zu gestalten“, so Demel.

Die Sommertour von Bundespräsident Stefan Eirich und Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann konnte aufgrund von Pandemiebeschränkungen in diesem Jahr nicht wie bisher per Fahrrad und mit Vereinsbesuchen stattfinden.

60
Jahre

Weltnotwerk
der KAB



60 Jahre Weltnotwerk

Es ist auch eine Erfolgsgeschichte, die der damalige Paderborner Diözesansekretär Willi Heitkamp ins Leben rief. Die Partnerschaften zwischen deutschen Diözesan-Bezirks- und Stadtverbänden der KAB mit christlichen Arbeiterbewegungen in der ganzen Welt sind nicht nur ein Zeichen der weltweiten Solidarität unter Arbeitnehmer*innen und dem Willen, Arbeits- und Sozialrechte in allen Ländern umzusetzen, sondern es sind auch menschliche Beziehungen und neue Sicht- und Lebensweisen auf beiden Seiten entstanden.

„Es gibt keinen Grund einander zu hassen“

60 Jahre Weltnotwerk der KAB. KAB-Impuls fragte den ehemaligen KAB-Bundesgeschäftsführer Josef Winkelheide, der die internationale Arbeit der KAB Deutschlands mitgeprägt hat, zu den Anfängen und Schwierigkeiten des KAB-Hilfswerks. Er war über viele Jahre im Exekutivrat der Weltbewegung Christlicher Arbeitnehmer (WBCA) sowie in der europäischen EBCA aktiv.

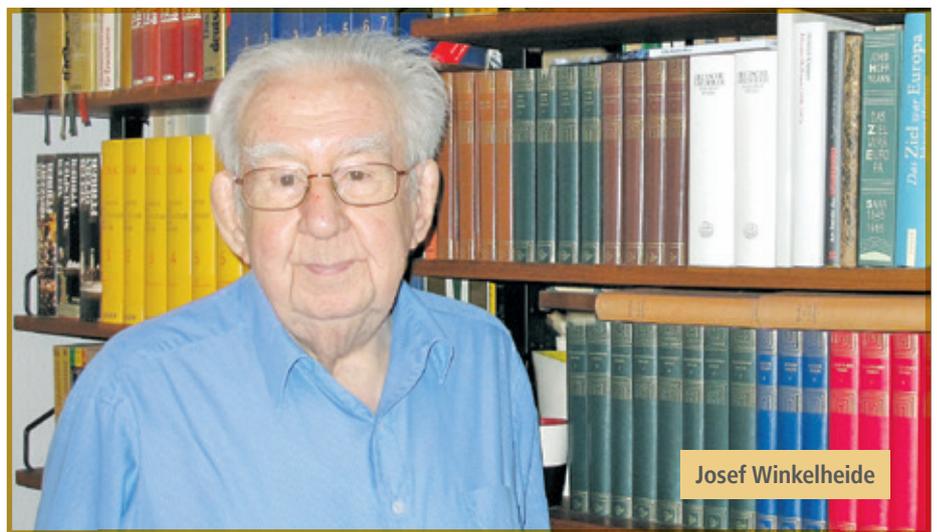
Impuls: Herr Winkelheide, vor gut sechzig Jahren startete in der KAB eine Hilfsaktion, die „Drei-Minuten-Aktion“. Was konkret beinhaltete diese Aktion?

Josef Winkelheide: Die Ursprünge von Weltnotwerk reichen noch weiter zurück. Es begann mit der Aktion „Rettet die Insel“, die der KAB-Diözesansekretär Willi Heitkamp ins Leben gerufen hatte. Nach einer Reise Mitte der 1950er-Jahre brachte er die Idee in den Diözesanverband Paderborn ein, Arbeiter auf einer Insel vor Madagaskar zu unterstützen. Also noch vor der Gründung von Misereor. Heitkamp konnte mit dieser Spendenaktion fast 43.000 D-Mark zusammen bekommen. Für einen einzelnen Diözesanverband war das damals eine beachtliche Summe.

Impuls: ... und die „Drei-Minuten-Aktion“?

Josef Winkelheide: Sie war eine Anschluss-Aktion vom Paderborner Diözesansekretär Willi Heitkamp. Die „Drei-Minuten-Aktion“ sollte die Grundlage für eine Dauerhilfe sein. Jeder Arbeiter sollte den finanziellen Wert von drei Minuten seiner täglichen Arbeitszeit in die Hilfsaktion einbringen, um Arbeiter in ärmeren Ländern der Welt zu unterstützen.

Impuls: Kann man diese Aktion als wichtigen Schritt der KAB begreifen, sich international stärker zu engagieren?



Josef Winkelheide

Josef Winkelheide: Absolut. So wurde 1960 vom KAB-Diözesanverband Paderborn der Verein Weltnotwerk gegründet. Und bereits 1964 war das Hilfswerk eine Einrichtung des damaligen Westdeutschen Verbandes. Die organisierten Spendenaktionen fanden regelmäßig an bestimmten Wochenenden statt. Die Diözesanverbände untereinander wetteiferten um Spendenrekorde.

Erst 1997 wurde Weltnotwerk für die KAB Deutschlands bundesweit geöffnet. Gruppen aus den süddeutschen Diözesen brachten dann auch ihre Partnerschaften ein.

Impuls: Und international ...

Josef Winkelheide: International organisierten sich christliche Arbeitnehmer und Gewerkschafter bereits vor dem Ersten Weltkrieg. In der Weimarer Zeit kam es besonders auf

Betreiben des Redakteurs der Westdeutschen Arbeiterzeitung und Zentrumspolitikers Joseph Joss 1928 zu dem Gründungskongress der Katholischen Arbeiter Internationale (K.A.I.) in Köln. Ein Zusammenschluss von über 910.000 Mitgliedern aus zehn Ländern Europas.

Doch die Nazi-Diktatur und der Zweite Weltkrieg stoppten die internationale Ausrichtung. Erst in den 1950er-Jahren kamen neue Impulse aus der Schweiz, sich international zu organisieren. Im Februar 1953 wurde in München die „Internationale Vereinigung katholischer Arbeiter“, die FIMOC gegründet. Der erste Kongress fand 1955 in Düsseldorf mit den Aufgabenstellungen: Entwicklungshilfe, Sorge für Gastarbeiter und zeitgemäße Arbeiterseelsorge und Familienpolitik statt.

Solidarität zum Anfassen

Das Partnerschaftsprojekt der KAB Deutschlands

In diesem Jahr existiert das Weltnotwerk der KAB gut sechzig Jahre. Das internationale Hilfswerk der KAB ist mehr als nur eine entwicklungsfördernde Institution, die in 17 Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerika den Aufbau und die Stärkung von christlichen Arbeitnehmerorganisationen in vielfältiger Weise unterstützt.

Anders als bei bischöflichen Hilfswerken wie Misereor, das kurz vor Weltnotwerk gegründet wurde, oder dem Hilfswerk Adveniat und der evangelischen Organisation „Brot für die Welt“ setzt das Weltnotwerk der KAB auf mehr als nur Spenden. Das KAB-Hilfswerk ist ein Partnerschaftsprojekt. Im Klartext bedeutet dies, dass Spenden, Hilfe und Unterstützung nicht anonym, sondern in Gemeinschaft erreicht werden. Erfahrungen hier mit gesellschaftlicher Realität verbinden sich mit den Erfahrungen der Menschen aus den Partnerbewegungen.

Projekte entstehen an der Basis der Partnerorganisationen und werden gemeinsam erarbeitet und mit der Fachkompetenz der Weltnotwerkmitarbeiter*innen und den organisatorischen Möglichkeiten von Weltnotwerk umgesetzt. Ziel, das Leben der Menschen dauerhaft zu verbessern und zivilgesellschaftliche Strukturen aufzubauen. „Vorrangig fördern wir den Aufbau katholischer Arbeiterbewegungen in Entwicklungsländern. Zudem achten wir besonders darauf, solche Projekte zu unterstützen, die bereits über eine Partnerschaft in der deutschen KAB verfügen“, so WNW-Geschäftsführer Norbert Steiner.

Frauen und Männer aus der KAB leben diese Partnerschaft durch gegenseitige Besuche und Kontakte und Betreuung. Es ist buchstäblich eine Hilfe und Solidarität zum Anfassen: von Mensch zu Mensch. Aufgrund dieser verstärkten Absprachen und Kooperationen mit Partnern und Hilfsorganisationen wächst der Spielraum für mögliche Projekte und Initiativen ständig. Entscheidend bei den Projekten ist der Aufbau solider und nachhaltiger Strukturen. Unsere Partner werden herausgefordert, immer größere und vielfältigere Projekte zu betreuen. Nur starke Partner können als verlässliche Träger von Projekten agieren und so ein Stück mehr Gerechtigkeit in unsere Welt bringen.

Impuls: Und die WBCA ...?

Josef Winkelheide: Während die CAJ, die Christliche Arbeiterjugend, unter Kardinal Cardijn bereits 1957 in 70 Ländern weltweit vertreten war, gründete sich die WBCA erst 1966 in Rom. Die WBCA hatte es aufgrund der sehr unterschiedlichen Kulturen in der christlichen Arbeiterschaft nicht leicht. So verfolgt die französische ACO mit ihren Lebensbetrachtungen, der „revision de vie“, einen apostolischen Ansatz. Die christlichen Arbeiterbewegungen in Deutschland, Österreich oder der Schweiz verstehen sich dagegen stärker als soziale Bildungs- und politische Bewegungen.

Impuls: Beeinträchtigt diese Unterschiedlichkeit der Kulturen auch die Partnerschaften, die durch Bezirks- und Diözesanverbände und der Unterstützung von Weltnotwerk, entstehen?

Josef Winkelheide: So war es anfangs schwierig, Partner in Ländern der sogenannten Dritten Welt zu finden. Ich selbst bin als Kölner in zwei Partnerschaften eingebunden. So hat der KAB-Stadtverband 1992 eine Partnerschaft mit Kamerun in Afrika begründet, die bis heute sehr aktiv ist.

Der Diözesanverband Köln unterhält seit 1996 eine intensive Partnerschaft mit der MTC San Marcos in Guatemala. Dort konnte als Landarbeiterbewegung die MTC in der Diözese San Marcos aufgebaut werden. Mittlerweile ist diese Partnerschaft auch vom KAB-Diözesanverband Fulda mit Leben gefüllt.

Impuls: Was bedeutet Partnerschaft ?

Josef Winkelheide: Anfangs wurde der Begriff Partnerschaft öfters mit Patenschaft sprachlich verwechselt. Dieser Versprecher verdeutlicht einen fundamentalen Unterschied. Patenschaft ist ein Begriff aus der Familie und bedeutet Schutz, Hilfe und steht für ein Abhängigkeitsverhältnis. Partnerschaft dagegen ist eine Begegnung auf Augenhöhe, eben unter gleichberechtigten Partnern. Das ist ein fundamentaler Unterschied. Die Bewegungen bereichern sich

gegenseitig. Beide Seiten lernen durch Begegnung und Austausch von einander.

Impuls: Gibt es – wie es unter Partnern auch üblich ist – Probleme?

Josef Winkelheide: Sicherlich. Wir mussten beispielsweise erkennen, dass die Partnerschaftsprojekte breiter aufgestellt werden müssen. So hatten wir in Guatemala ein Schulgebäude mit einem ortsansässigen Partner errichten wollen. Doch als der Ansprechpartner, ein Priester, nicht mehr vor Ort war, scheiterte das Schulprojekt. Erst als eine Gruppe aus Köln nach Guatemala reiste und wir dem damaligen Bischof Alvaro Ramazzini erklären konnten, was die KAB auf Grundlage der Soziallehre erreichen will, fanden wir in ihm große Unterstützung beim zivilgesellschaftlichen Aufbau der Arbeiterbewegung MTC in San Marcos.

Die Partnerschaft über Kontinente hinweg geht soweit, dass wir uns für den damaligen Bischof von San Marcos, Bischof Ramazzini, einsetzten und seinen Schutz einforderten. Er hatte aufgrund seines Einsatzes für die sozialen Belange der Landarbeiter Morddrohungen erhalten.

Impuls: Herr Winkelheide, Sie waren bereits als junger Erwachsener in der internationalen Arbeit aktiv. Was war der Auslöser, was hat Sie angetrieben?

Josef Winkelheide: Am Anfang stand das Ende des Zweiten Weltkrieges. So war meine Tätigkeit bei einer deutsch-französischen privaten Institution in Offenburg ein erster Schritt. In dieser Gesellschaft, 1945 gegründet von einem französischen Jesuiten-Pater, arbeiteten Mitglieder aus der Resistance, dem französischen Widerstand gegen den Nazi-Terror. Daraus entstand für mich die Erkenntnis, dass es keinen Grund gibt, einander zu hassen und der Impuls, dass ich mich für die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland, für die Zusammenarbeit mit den Ländern der sogenannten Dritten Welt und darüber hinaus für die europäische Einigung einsetze.



KAB Limburg organisiert Unterstützung für Partnerland Brasilien. Helene Löw, Kassiererin, Vorsitzender Paul Arthen, Diözesansekretär Martin Mohr.

Partnerschaft – Grenzenlose Solidarität in Zeiten von Corona

W eit über 80.000 Tote hat Brasilien bis Ende Juli zu beklagen. Weit über 2,1 Millionen Menschen in dem lateinamerikanischen Land sind mit dem Coronavirus infiziert. Für die KAB im Bistum Limburg ein Weckruf zur Solidarität mit ihrer Partnerbewegung MTC. Gloria Rodrigues, Generalsekretärin der christlichen Arbeiterbewegung MTC, berichtet, dass die Regierung und insbesondere Präsident Bolsonaro eine Haltung zeigt, die „zu keiner Zeit die Achtung der Menschenwürde und die Gesundheit der Bevölkerung im Blick hat“. Der radikale Präsident hatte sich zwischenzeitlich selbst infiziert. Besonders fehlen Corona-Schutzmasken bestätigte die MTC-Generalsekretärin gegenüber Christian Vollbrecht, Leiter des Limburger „Arbeitskreis Internationales“. So entstanden existenzielle Probleme vieler Brasilianer und MTC-Mitglieder durch Isolation.

Ausgangssperren und fehlender Schutz haben vielen die Existenzgrundlage entzogen, besonders im

informellen Sektor fehlen Arbeitsmöglichkeiten und Einkünfte. „Nicht wenige hungern und sind auf solidarische Hilfe angewiesen“, so Vollbrecht. Die KAB Limburg finanziert in Kooperation mit Weltnotwerk daher das MTC-Arbeitsprojekt zur Herstellung von Schutzmasken.

Zwischen Hunger und COVID-19 – Spontane Hilfe für Uganda

Auch im afrikanischen Uganda droht seit dem Beginn der COVID-19-Pandemie Hunger aufgrund gestiegener Preise für Grundnahrungsmittel. „Nahrungsmittel sind über 30 Prozent gestiegen und Vorräte durch die Überschwemmungen im Frühjahr zerstört worden“, berichtet Peter Niedergesäss vom KAB-Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart. So hat sich die KAB Bad Waldsee sofort entschlossen, zu helfen. 1500 Euro Soforthilfe wurden zur Partnerbewegung nach Uganda geschickt. Die KAB-Gruppen in Städten und Dörfern Ugandas verteilen so

Grundnahrungsmittel an Bedürftige. Gleichzeitig hat der KAB Diözesanverband im Bistum den Verkauf von Drei-Liter-Bioapfelsaft, der im letzten Jahr gemostet wurde, intensiviert und zur weiteren Unterstützung für die Menschen im Partnerland aufgerufen. Der Aufruf der KAB löste eine große Spendenbereitschaft in anderen Diözesanverbänden aus. 25.000 Euro kamen aus den Diözesen Münster, Fulda und Rottenburg-Stuttgart zusammen. Mit diesen Geldern wurde Soforthilfe für in Not geratene Familien organisiert. Dazu kommen nochmals 11.000 Euro die von Partnergruppen aus der Diözese Rottenburg-Stuttgart an Partnergruppen in Uganda geflossen sind. Damit werden Projekte in Gang gesetzt, die eine Nahrungssicherheit für die Zukunft schaffen.

Spendenkonto „Coronahilfe Brasilien“,
IBAN: DE45 3706 0193 4000 6190 06
BIC: GENODED1PAX
Pax-Bank eG, Köln

DV WÜRZBURG

KAB-Talk im Internet

Neue Veranstaltungsformen nutzt die KAB Aschaffenburg. In einem per Internet zugänglichen Open-Webinar mit dem Themenschwerpunkt Demokratie & Freiheit haben Interessierte die Gelegenheit, sich per Videokonferenz in die politische Diskussion einzubringen. Mit dem Corona-Lockdown erlebten alle eine besondere Situation. Kommunikation und Treffen waren und sind weiterhin eingeschränkt. Deshalb entwickelte die KAB den KAB-Webtalk „Corona & Politik“. Der Rahmen dieser Diskussion orientiert sich an einem christlich-humanistischen Leitbild. Den Inhalt bestimmen all jene Menschen, die sich einbringen. Auch die Bundestagsabgeordneten Alexander Hoffmann und Bernd Rützel stellten sich im Webtalk den Fragen der Menschen. Mehr Informationen unter: kab-aschaffenburg@bistum-wuerzburg.de

DV MÜNSTER

Corona-Maskenrekord bei der KAB

Am Ende wurden es über 2000 Gesichtsmasken, die KAB-Frauen aus dem Bistum Münster für soziale Einrichtungen genäht haben. „Genau 2117 Mund-Nasen-Masken haben wir



Im KAB-Bildungshaus in Haltern freut sich Leiter Norbert Jansen über den Mundschutz, denn so ist auch Bildungsarbeit im Könzgen-Haus wieder möglich. Foto: Ulrike Klorer

an 32 soziale Einrichtungen im ganzen Bistum verteilt“, erzählt Josef Mersch, der die Nähaktion koordiniert hat. Sozial-, Kranken- und Bildungseinrichtungen konnte die KAB Münster mit dem Corona-Schutz versorgen. „Kostenlos und direkt“, sagt Mersch. Über 30 Frauen und Männer haben für die KAB-Aktion genäht – manche Paare wie Anton und Hildegard Lauel aus Münster machten daraus ein echtes Team-Projekt: Er schnitt zu. Sie nähte zusammen. Für den KAB-Regionalsekretär aus dem Nordmünsterland und seine KAB-Mitstreiter*innen ist die Masken-Näherei mehr als eine isolierte Hilfsaktion. „Das war der praktische Flügel unserer Solidaritätsarbeit“, sagt er. Der „politische Flügel“ sei die Forderungen der KAB nach besseren Rahmenbedingungen in der Pflege und einem höheren Mindestlohn, so Mersch, der betont, dass es in Krisenzeiten beides bedarf: konkrete Hilfe und politisches Handeln.

DV MÜNCHEN

Kampf um Kaufhof



Für viele Kaufhäuser von Galeria Karstadt Kaufhof geht das Licht aus. Foto: Rabbe

Betriebsseelsorge und KAB kritisieren Galeria Karstadt Kaufhof und seinen Eigentümer nach dem endgültigen Scheitern der Verhandlungen zur Rettung der Münchner Filiale am Stachus scharf. „Dass es trotz des Engagements des Münchner Oberbürgermeisters und der Zugeständnisse der Vermieter keine Einigung gegeben hat, ist bitter für die Beschäftigten“, so Christian Bindl, Leiter der Betriebsseelsorge in der Erzdiözese München und Freising, nach dem Scheitern der Verhandlungen am Dienstagabend. „Die Unternehmensverantwortlichen bei Galeria Karstadt Kaufhof haben gezeigt, dass sie keinerlei soziales Gewissen haben. Mitten in der Corona-Pandemie – der

wahrscheinlich schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg – ist ein solches Handeln besonders verantwortungslos.“

Mitarbeiter der Kaufhof-Filiale am Stachus, die seelsorgerischen oder juristischen Beistand benötigen, müssen keinen weiten Weg auf sich nehmen: Das gemeinsame Büro von Betriebsseelsorge und KAB liegt nur wenige Gehminuten entfernt. Die österreichische Signa-Holding hatte angekündigt, bundesweit 62 der insgesamt 172 Filialen zu schließen, tausende Mitarbeiter*innen sind betroffen. Aufgrund von Protesten und Verhandlungen mit Kommunen wurde die Zahl auf 47 Häuser reduziert.

Kein Radikalismus

Zu den Kommunalwahlen am 13. September in Nordrhein-Westfalen hat die KAB im Diözesanverband Münster an die Unvereinbarkeit von KAB-Mitgliedschaft und der Partei AfD erinnert und sich von den Positionen der Partei distanziert. Die KAB Münster unterstützt die Aktion des Aachener Diözesanrates „Wir wählen NICHT die AfD!“. Auch der Bundesausschuss der KAB hat beschlossen, dass die KAB die Programmatik und das Handeln der AfD als unchristlich und menschenverachtend ablehnt.

Arbeitsrechte für Haushaltshilfen

Mit einer Petition fordert der KAB-Diözesanverband Aachen die gleichen Rechte für Wanderarbeiter*innen wie für deutsche Haushaltshilfen. Dazu gehören die Legalisierung der Arbeitsverhältnisse sowie sozialversicherungsspflichtige und tarifliche Entlohnung für die meist osteuropäischen Frauen.

DV PADERBORN

Bischofshilfe beim Sonntagsschutz?

Gemeinsam mit der Diözesanleitung hat sich der Bezirksverband Olpe/Siegen an Erzbischof Hans-Josef Becker gewandt und ihn um Unterstützung beim Einsatz für den Sonntagsschutz gebeten. Die Ankündigung von FDP-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart, weitere vier verkaufsoffene Sonntage ohne einen Anlassbezug, wie es das Gesetz vorschreibe, zuzulassen, hatte bei der KAB Kopfschütteln und Protest ausgelöst, beim katholischen Büro in der Landeshauptstadt Abnicken und Zustimmung. Diese Initiative, so die KAB, reihe sich ein, in die vielen Versuche von

anderer Seite, aus dem Sonntag einen normalen Werktag zu machen. Dass ausgerechnet eine christlich-demokratisch geführte Landesregierung für zusätzliche verkaufsoffene Sonntage werbe, sei genauso ärgerlich, wie die Tatsache, dass sich die katholische Kirche in diesem Zusammenhang kompromissbreit zeige. „Der Schutz des Sonntags ist unser ureigenstes Anliegen als Kirche. Wer, wenn nicht wir, kann dafür eintreten, an einem Tag – dem Beispiel Gottes folgend – auszurufen.“ Diözesan- und Bezirksleitung bitten Erzbischof Becker, die KAB in ihrer Haltung zu unterstützen.

DV EICHSTÄTT

Faires Spielzeug ohne Ausbeutung

Kurt Schmidt, geschäftsführender Diözesansekretär der KAB im Bistum Eichstätt, ist Vorstandsmitglied in der neu gegründeten Fair-Toys-Organisation (FTO). „Die Umsetzung der Menschen-, Sozial- und Arbeitsrechte auch in den Lieferketten der Spielzeugproduktion sind uns als KAB ein wichtiges

Anliegen“, erklärte Schmidt. Seit zwei Jahrzehnten besteht das Nürnberger Bündnis Fair Toys. Mittlerweile haben einige Unternehmen wie Haba, Zapf und Sigurd sich beteiligt und sind neben acht zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereinen auch Mitglied in der Fair-Toys-Organisation.



**Endlich
Hoffnung geben.
Ihre Spende hilft!**

Weltnotwerk der KAB Deutschlands e.V.
Bernhard-Letterhaus-Straße 26 • 50670 Köln
Info@weltnotwerk.de • 0221-7722145

Spendenkonto Pax Bank Köln eG
DE80 3706 0193 0016 1510 25

Masken nähen im Osterurlaub



Manuela Mähringer schneiderte Corona-Schutzmasken für einen guten Zweck. Foto: Schülein

KRONACH. Für Manuela Mähringer, neue Verbandsreferentin des KAB Bamberg in Kronach, war der Lock-down in der Osterzeit ein guter Anlass sich der Produktion von Corona-Schutzmasken zu widmen. Am Ende waren 150 Masken genäht, die sie für eine Spende abgab. „Das war alles am Anfang gar nicht so geplant. Die Idee hat sich halt entwickelt und Kreise gezogen. Dass dabei zum Schluss als

guter Nebeneffekt eine Summe von 500 Euro herauskam, ist natürlich umso schöner“, freut sich Manuela Mähringer. Mit dem Erlös bedachte sie nun die Christliche Arbeiter-Hilfe (CAH) und übergab ihn an KAB-Kreisverbandsvorsitzende Mathilde Hutzl. Das Geld kommt so gezielt sozial schwachen Menschen im Landkreis zugute, die von der CAH in finanziellen Notlagen unterstützt werden. „Wir befürchten, dass mit der Corona-bedingten Kurzarbeit die Zahl der Bedürftigen steigen wird“, meinte Hutzl.

Solidarität trotz Corona

LÜTRINGHAUSEN. KAB-Vertreter aus dem KAB-Bezirk Olpe/Siegen demonstrierten vor dem Federnwerk von thyssenkrupp in Lütringhausen und drückten ihre Solidarität mit den dort Beschäftigten aus, die um ihren Arbeitsplatz bangen. Ende nächsten Jahres soll Schluss sein. „Viele der Mitarbeiter von thyssenkrupp kennen wir seit vielen Jahren, da die Belegschaft des Federnwerkes Jahr für Jahr am Fest der hl. Katharina den Gottesdienst im Andenken an die Patronin der Breitschmiede feiert“, erzählt Präses Reinhard Lenz. Die KAB Olpe/Siegen appellierte an die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik, die Menschen aus dem Werk Lütringhausen nicht aus den Augen zu verlieren. So sei für alle wünschenswert, wenn auch nach dem Auszug von thyssenkrupp dort wieder neue, gute Arbeitsplätze entstünden. (LP)



Demo am Federnwerk in Lütringhausen: (von links) Karl-Heinz Stuchlik (KAB Welschen-Ennest), Hubert Kahmann (Geschäftsführer Ketteler-Cardijn-Werk) und Pfarrer Reinhard Lenz (Bezirkspräses der KAB Olpe-Siegen).

Urgesteine verwechselt



Klaus Kock

BOCHOLT. Klaus Kock feiert in diesem Jahr 60 Jahre Mitgliedschaft in der KAB. Er ist damit ein Urgestein in der KAB Ss. Ewaldi Bocholt. Im letzten KAB-Impuls wurde Kock

mit seinem Vereinskollegen Karl-Ludwig Most, der in diesem Jahr 50 Jahre in der KAB ist, namentlich falsch zu Karl-Ludwig Klaus kombiniert. Klaus Kock, seit 1990 Vorsitzender der über 300 Mitglieder starken KAB im Münsterland, hat lange die Sportabteilung des Vereins geleitet. Heute führt sie sein Sohn Oliver. „So schaffen wir auch für die Jugend einen attraktiven Verein“, erklärt Klaus Kock gegenüber IMPULS. Auch er trat bereits mit gut zwölf Jahren der damaligen CAJ bei, wurde Gruppenleiter und übernahm später die Leitung der 123 CAJ-Mitglieder.

Prekäre Arbeit auch in der Landwirtschaft

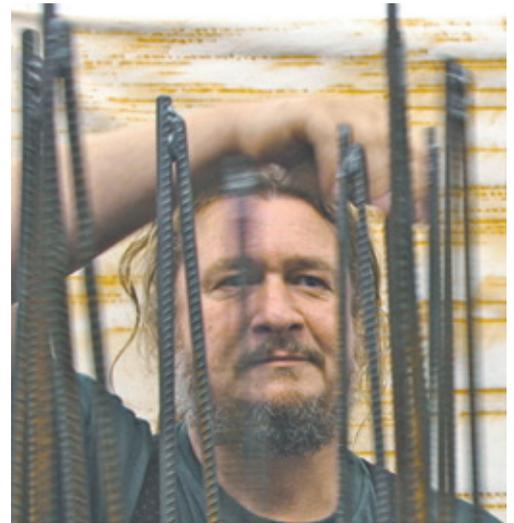
EMMERICH/KLEVE. Der Arbeitskreis „Prekäre Arbeit“ der KAB-Bezirke Kleve und Wesel kritisiert, dass auch am Niederrhein Arbeitskräfte, besonders aus Bulgarien, Rumänien und anderen osteuropäischen Staaten in Großbetrieben ausgebeutet werden. Dietmar Stalder, Bezirksvorsitzender Kleve, weist darauf hin, dass es neben der Fleischindustrie auch in anderen Branchen wie Landwirtschaft und Gartenbau Missstände gibt. „Niederländische Firmen kaufen und mieten Wohnobjekte und machen daraus Massenunterkünfte,“ erklärt er und kritisiert, dass Tag für Tag die Arbeiterinnen und Arbeiter in Kleinbussen zu den Arbeitsstätten gekarrt werden. Die Arbeitsbedingungen und Wohnbedingungen sind weithin durch die Berichte der Medien bekannt. „Die Zeit der Beschwichtigungen muss endgültig vorbei sein“, fordert Jürgen Dötsch, KAB-Bezirksvorsitzender Wesel.

Von wegen Genuss

ROSENHEIM/PARIS. „Gemeinsam wollen wir Verantwortung übernehmen“ lautet eine Kernbotschaft des französischen Joghurtherstellers Danone, der gern auch „Genuss und Wohlbefinden in den Mittelpunkt“ stellt. Doch das europaweite Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 25 Milliarden Euro will das Werk in Rosenheim, das von Betriebsseelsorger Axel Kirnberger betreut wird, 2021 schließen. KAB-Sekretärin Gudrun Unverdorben spricht von einem Skandal. Das Werk mit 160 Mitarbeitern arbeitete trotz Corona-Krise am Standort profitabel. Ende Juni trat die Belegschaft in einen 24-Stunden-Streik, um die Geschäftsführung zu zwingen, den Beschäftigten ein Angebot zu machen. Sie fordern einen gerechten Sozialtarif, um nicht in die Altersarmut zu fallen. Von einer Schließung wären auch viele Milchbauern in der Umgebung betroffen.

Müll kreativ gestalten

MÜNSTER. Müll und Weggeworfenes können die besten Ideengeber für Neues sein, ist sich Ortrud Harhues vom KAB-Bildungswerk sicher. Deshalb lädt die Leiterin des Bildungswerkes alle Jugendlichen bis 25 Jahren zu einer „WasteArt-Challenge“. Bis Ende September 2020 können sie aus Reststoffen und Abfall neue, schrille, bunte Skulpturen schaffen und Fotos der Kunstwerke zum Wettbewerb einreichen. „Jeder entscheidet selbst, welches Material verwendet wird“, sagt Harhues. „Das kann die leere Sprühflasche aus der gelben Tonne sein oder die zu enge Jeans vom letzten Jahr oder auch der Elektroschrott, der sich zu Hause angesammelt hat.“ Der Künstler Hermann J Kassel begleitet den Wettbewerb und steht für Inspirationen und Fragen der Teilnehmer*innen zur Verfügung. Den Künstler kennenlernen kann man bei einem Webinar zum Wettbewerb am 8. September 2020 ab 19:00 Uhr (Anmelden unter bildung@kab-muenster.de). Mehr zum Wettbewerb und eingereichte Kunstwerk-Fotos finden Sie unter: www.waste-to-value.org



Der Künstler Hermann J Kassel begleitet die „WasteArtChallenge“. Foto: Privat

30 Jahre KAB Teistungen – Erfolg mit Kleiderbörse

Die KAB St. Josef in Leinefelde blickt in diesem Jahr auf 30 Jahre aktive Vereinsarbeit zurück. Am Anfang stand die Grenzöffnung, die sich im Eichsfelder Grenzort Teistungen nicht am 9. November, sondern am 10. November um 0 Uhr 35 öffnete. Mauerfall und Wende ließen ein vierzigjähriges diktatorisches Regime und mit ihm auch die Unterdrückung der christlichen Werte und Benachteiligung von Christen und Christinnen zusammenfallen. Mit der offenen Grenze entstanden enge Kontakte zu bestehenden KAB-Vereinen aus Duderstadt in Niedersachsen oder Kirchhellen im Ruhrpott und auch mit der KAB Main-Rodgau im Diözesanverband Mainz. Unter Bertram Vogt, Pfarrer in Maria Magdalena, gründete sich der KAB-Verein Leinefelde, der sich den hl. Josef, den Arbeiter, als Namenspatron aussuchte. Erster Vorsitzender wurde für acht Jahre Willi Fritsche, danach für vier Jahre Alfred Winter, der das Amt im Februar 2003 an Hans-Karl Baumgarten übergab. Viele Aktivitäten prägten die 30 Jahre. 1993 wurde die erste Kommunionkleiderbörse durchgeführt. Mittlerweile ist sie fest etabliert im Verein und der Region. Nach der Kleiderbörse ist faktisch vor der nächsten. Be-

reits im November werden die Vorbereitungen für die nächste getroffen, dann werden alle Termine und die wichtigsten Details ausgetauscht.

Etwa 350 Stunden ehrenamtliche Arbeit, die die meist über siebzigjährigen Mitglieder des Vereins gemeinschaftlich stemmen, kommen so zusammen. In diesem Jahr halfen auch Jüngere aus der Pfarrgemeinde. Die jungen Mitstreiter Matthias und Sabine Räuber, Christiane Große, Marion Kappel und Birgit Wehling machen Mut, dass diese Aktion Zukunft hat. Denn, warum machen wir das? Weil nach 27 Jahren die ehrenamtliche Arbeit immer noch Spaß macht und jedes Jahr der Erlös als Spende weitergegeben werden kann. Ans Kinderhospiz Tambach-Dietharz, ans Weltnotwerk der KAB, an die Suppenküche, ans Kinderhilfswerk in Kaliningrad und an viele andere Bedürftige. Doch dies ist nur ein Teil des vielseitigen Jahresprogramms. Es gibt monatliche Veranstaltungen mit Gemeinschaftsangeboten, die auch Bildungsveranstaltungen umfassen. Nicht zuletzt steht für die Eichsfelder KAB auch das Wandern in der Natur mit geselligem Picknick auf dem Aktionsprogramm.

Hans-Jürgen Baumgarten

„Organisierte Verantwortungslosigkeit“

Bundesregierung korrigiert auf massiven Druck Misstände in der Fleischindustrie

„Ich bin nur Arbeit!“ Dieses Gefühl beschreibt ein rumänischer Familienvater von 50 Jahren, der nur das kennt: Fern seiner Familie, untergebracht in einem Schlafsaal mit kleiner Küche, morgens mit acht anderen vors Werktor der Großschlachtereie zur Arbeitsschicht gekarrt, acht Stunden harte Arbeit unter engsten Bedingungen an den Schlachtbändern, Mittagessen in einem großen Saal, abends wieder zurück im Bulli in die Unterkunft, erschöpft auf die Schlafgelegenheit fallen, wo zwischenzeitlich andere sich ausruhen. Das Ergebnis: Billiges Fleisch für deutsche Verbraucher und Milliardengewinne für Fußballclub-Sponsoren einerseits; menschliches Leid, Krankheit, soziale Isolation, Einsamkeit und Drogen für Tausende von osteuropäischen Arbeitern andererseits. Wer nicht durchhält, wird aussortiert. Prälat Peter Kossen, Mitglied im KAB-Diözesanvorstand Münster und langjähriger Kämpfer für die Rechte der Werkvertragsarbeiter, spricht es in der Sendung „Hart aber fair“ offen aus: „Hier haben wir ‚Wegwerfmenschen‘ und moderne Sklaven, deren Arbeitgeber ‚Sklavenhalter‘ sind. Verliert der Arbeiter den Job, verliert er auch die Wohnung, die dem Subunternehmer gehört“, berichtet Kossen. In Rheda-Wiedenbrück, dem Stammsitz Tönnies, kämpft seit über fünf Jahren Inge Bultschneider für die Rechte der Arbeiter und gegen Tönnies-Anwälte und Anfeindungen der einheimischen Bevölkerung.

„Ich bin nur Arbeit!“

„Ich bin nur Arbeit!“ Kontakte zwischen den rumänischen Arbeitern und der deutschen Bevölkerung gibt es nicht. Parallelwelten: nur im örtlichen Discounter, wo billiges Fleisch angeboten wird, wird gemeinsam eingekauft. Sozialeinrichtungen, wie die Caritas mit Volker Brüggjenjürgen und seinen Mitarbeitern in Gütersloh, kümmern

sich um sie. Engagierte wie Prälat Peter Kossen und die KAB prangern seit Jahren die Verhältnisse öffentlich an, Gewerkschaften versuchen Einfluss zu nehmen (Impuls berichtete). Doch dem Geflecht von Sub-Sub-Unternehmern, die die mafiöse Drecksarbeit für die deutschen Schlachtunternehmer machen, ist nur schwer beizukommen. Politik und erst recht die Wirtschaft haben weggeschaut, haben weitergemacht und auf das günstige Fleisch für Jedermanns-Grill verwiesen.

Erst das unsichtbare Coronavirus hat die unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen publik und zum

nett vor. Mit seinem Versprechen, ein Verbot von Werkverträgen im Kernbereich der Fleischindustrie, hat er ernst gemacht. Laut Gesetzesentwurf sollen in Unternehmen ab 50 Beschäftigten Tiere nur noch von direkt dort Angestellten geschlachtet und zerlegt werden dürfen. Der Einsatz von Werkvertragsarbeitern soll ab Januar 2021 verboten sein, der von Leiharbeitern ab April.

Als „starke Signalwirkung in die Arbeitswelt“ und ein „Anfang vom Ende miserabler Arbeitsbedingungen“ bewertet Kossen den Gesetzesentwurf. „Der bisherige Mechanismus der Ab-



Prälat Peter Kossen demonstriert seit vielen Jahren gegen die Machenschaften der Fleischindustrie. Hier bei Westfleisch in Coesfeld. Foto: Bischöfliche Pressestelle/Niewöhner

öffentlichen Thema gemacht. Die Angst vor einem erneuten Lockdown hat die ansonsten wegschauende Bevölkerung in den Kreisen Gütersloh, Warendorf und anderen Gemeinden aufgeschreckt und die Politik zum Handeln gezwungen.

Die Arbeitsminister Hubertus Heil und Karl-Josef Laumann sprechen von einem „System organisierter Verantwortungslosigkeit“. „Wir wollen die Kontrollen weiter verschärfen, noch bevor das neue Gesetz zur Arbeitssicherheit in der Fleischindustrie da ist“, erklärte Heil. Ende Juli stellte der SPD-Politiker das neue Gesetz im Kabi-

zocke und Ausbeutung in der Fleischindustrie wird durch das neue Gesetz geschwächt. Trotzdem wird es auch künftig Versuche geben, durch neue Konstrukte und Firmengeflechte die Verbote zu umgehen“, erklärte Kossen gegenüber „Kirche & Leben“.

„Organisatorische Veränderungen schaffen noch keine besseren Arbeits- und Wohnverhältnisse“, meint auch der Coesfelder KAB-Bezirksvorsitzende Günter Schlicker. Denn auch in vielen anderen Branchen, wie der Landwirtschaft, bleiben die Arbeits- und Lebensbedingungen weiterhin schlecht.

Moderne Slaverei beenden

Politik hat zu lange mit der Fleischindustrie kooperiert

Viele Jahre sind bereits die unmenschlichen, katastrophalen Bedingungen vieler Arbeitsmigranten in der Fleischindustrie und die skrupellosen Methoden vieler Fleischunternehmer und der Subunternehmer bekannt. Organisationen wie die „Aktion gegen Arbeitsunrecht“, die „IG WerkFAIRträger“, die „Aktion Würde und Gerechtigkeit“, die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, das DGB-Projekt „Faire Mobilität“ und die KAB nahmen sich des Themas an und konnten einen gewissen Druck auf die politisch Verantwortlichen erzeugen. Ein Ergebnis dieser Bemühungen waren sicher auch die von NRW-Arbeits-, Gesundheits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann initiierten landesweiten Ermittlungen in Fleischbetrieben im vergangenen Jahr.

Im NRW-Abschlussbericht der Überwachungsaktion in der Fleischindustrie vom Dezember 2019 beklagt Laumann zu Recht „besorgniserregende Ergebnisse“ und fordert: „Eine Gesellschaft, die sich einem sozialen Rechtsstaat mit christlichen Wurzeln verpflichtet fühlt, kann diese Situation nicht länger hinnehmen“. Bußgeldverfahren wurden eingeleitet, doch dazu muss man wissen, dass die Bundesregierungen und der Gesetzgeber dafür gesorgt haben, dass viele Taten im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes nur als Ordnungswidrigkeiten und nicht als Straftaten gelten. Jedoch werden im Bericht die Taten und Handlungen nicht aufgeführt, die auch nach heute geltendem Recht Straftaten sind, beispielsweise die Be- und Verhinderung von Betriebsräten (§ 119 BetrVG), die Ausnutzung der Schwächen von Ausländer*innen zur verbilligten Heranziehung zur Arbeit, Erpressung und Nötigung durch die Werkvertragsfirmen (etwa zu einer großen Zahl unbezahlter Überstunden), Mietwucher (§ 291 StGB) usw.

Hier stellen sich natürlich Fragen: Warum wurden keine strafrechtlichen Verfahren angestrengt und damit ein



Die Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschlands größten Schlachtereien waren der Politik seit Jahren bekannt, doch getan wurde nichts.

wichtiger Schritt zur Änderung der Verhältnisse unterlassen? Gab es politische Kräfte, die sich erfolgreich gegen eine Wende zu Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit in der Fleischindustrie stemmten? Hatte Laumann keine Möglichkeit, sich dem zu widersetzen? Ernüchternd ist hier etwa die kürzlich – nach Bekanntwerden der hohen Corona-Infektionszahlen von Wanderarbeitern in der Fleischindustrie – von NRW-Ministerpräsident Armin Laschet gemachte Aussage, dass die Zeit der Kooperation mit Tönnies vorbei sei. Das heißt ja wohl, dass Laschet bis dahin mit Tönnies zusammengearbeitet hat, obwohl schon lange die Zustände und Machenschaften besonders bei Tönnies bekannt waren!

So wurden auch nach den Razzien die Wanderarbeiter weiter ausgebeutet, erpresst und ihre Gesundheit ruiniert. Zugleich werden Betriebe, die die Notlage ihrer Wanderarbeiter nicht schamlos ausnutzen und die Beschäftigten anständig bezahlen (z.B. bei Brand in Löhne), gegenüber der skrupellosen Konkurrenz weiter benachteiligt.

Durchgreifende politische Konsequenzen wurden erst angekündigt ausgelöst durch die hohen Corona-Infektionszahlen in verschiedenen Fleischfabriken, die auch die Bevölke-

rung bedrohen. Wir als KAB müssen weiter der Politik auf die Finger schauen und Druck machen, wie dies besonders unser KAB-Freund Peter Kossen tut, damit den Worten auch wirklich Taten folgen; denn ohne Druck bewegt sich bekanntlich leider nichts. Moderne Sklaverei beenden! Die Opfer dieser Menschenverachtung können nicht noch länger warten.

**Heribert Gladisch, Peter Leppin
und Ansgar Moenikes**

Tönnies-Holding

Die Tönnies-Holding ApS & Co. KG hat ihren Sitz in Rheda-Wiedenbrück. Sie ist Deutschlands größter Schlachtbetrieb. In acht Geschäftsfeldern erwirtschaftete das international agierende Unternehmen mit ca. 16.500 Mitarbeiter*innen nach eigenen Angaben 2018 einen Jahresumsatz von 6,65 Milliarden Euro. Im Kerngeschäft befasst sich das 1971 gegründete Unternehmen mit der Schlachtung, Zerlegung, Verarbeitung und Veredelung von Schweinen, Sauen und Rindern. Mindestens 1700 Mitarbeiter hatten sich mit Corona infiziert.

Mit Grundeinkommen aus der Krise

Start der Europäischen Bürgerinitiative am 25. September

Die KAB stellt fest: Die Maßnahmen, die zur Eindämmung des Coronavirus ergriffen wurden, führen zu einer handfesten Wirtschaftskrise. Weltweit beschlossen die Regierungen Maßnahmenpakete, um den Unternehmen dabei zu helfen, die Einbußen abzumindern, die sie durch den Lockdown hinnehmen müssen. Auch die Bundesregierung hat ein gigantisches Maßnahmenpaket mit einer Vielzahl von Leistungen verabschiedet, deren Umsetzung allerdings sehr uneinheitlich erfolgt, teils zu bürokratisch gelöst ist und trotzdem eine Insolvenzwelle und damit die Vernichtung von Arbeitsplätzen nicht wird verhindern können.

Die KAB fordert bereits seit Jahren die Einführung eines Grundeinkommens für alle – unabhängig von Erwerbsarbeit. Es stellt die Arbeitsgesellschaft auf andere Grundlagen und bietet ganz neue Perspektiven. Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens kann eine schnelle und unkomplizierte Hilfe für existenziell gefährdete Kleinunternehmer und Soloselbstständige und darüber hinaus auch für Privatpersonen und Familien sein.

Das würde den sozialen Absturz tausender Menschen verhindern und gleichzeitig die Kaufkraft im Land erhalten. In einer solch großen Krise, wie der derzeitigen, braucht es mutige, schnelle und unkomplizierte Lösungen.

Nachhaltige und gerechte Sozialschutzsysteme

Jetzt ist die Zeit, die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens in die Tat umzusetzen und so startet am 25. September eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) um „als Grundlage für die Existenzsicherung und die gesellschaftliche Teilhabe jedes Menschen im Rahmen der EU-Wirtschaftspolitik ein bedingungsloses Grundeinkommen in der gesamten EU einzuführen.“

Ziel der EU-Grundeinkommens-Initiative ist es, für die gesamte Union die regionalen Unterschiede zu verringern, um den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der Union zu stärken. Dies stimmt mit der gemeinsamen Erklärung des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Euro-

päischen Kommission aus dem Jahr 2017 überein, in der die EU und ihre Mitgliedstaaten aufgefordert werden, effiziente, nachhaltige und gerechte Sozialschutzsysteme zu unterstützen, um ein Grundeinkommen sicherzustellen.

Das bedingungslose Grundeinkommen soll nicht den Sozialstaat ersetzen, sondern ergänzen und aus dem bislang kompensierenden einen emanzipatorischen Sozialstaat machen. Die KAB unterstützt als Mitglied im Netzwerk Grundeinkommen die Europäische Bürgerinitiative (<https://eci-ubi.eu>). Die aktuelle Krise führt uns überdeutlich vor Augen, wie wichtig ein solches Grundeinkommen ist, das den Menschen zumindest die schlimmsten Existenzängste nehmen kann.

Winfried Gather

Weitere Informationen zur unserem Grundeinkommensmodell und unseren Partnern finden Sie hier:

- www.kabdvkoeln.de/themen/grundeinkommen/
- www.grundeinkommen.de/



Anzeigen

Ihr familiengeführtes Traditionshotel mit 3-Sterne Komfort im Thüringer Wald

ZUR GUTEN QUELLE

98596 Brotterode-Trusetal · Schmalkalder Str. 27 ☎ 036840-340 · www.hotel-quelle.de
 44 Zimmer mit Bad oder Dusche, WC, Kabel-TV, WLAN kostenlos.
 Ruhige, zentr. Lage. Barrierefreier Eingang, Lift, behindertenger. Zimmer.
 Wellness, Fitness, Saunalandschaft, Kegelbahn, Außenanlage.
Thüringer Küche + Gruppenräume + Gruppenermäßigung.
 Ein guter Ausgangspunkt zu den schönen Sehenswürdigkeiten Thüringens,
 z. B. Erfurt, Weimar, Eisenach, Schmalkalden, Gotha, Suhl, Oberhof u.s.w.
 Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Attraktive Gruppenpreise

Urlaub im Naturpark Neckartal-Odenwald 2020/21

69436 Schwanheim bei Heidelberg · Dorfriesenstr. 11

Hotel & Pension Schwanheimer Hof

Unser familiär geführtes Hotel ist seit Jahren beliebtes Ziel für Gruppen- u. Seniorenreisen. Durch die zentrale Lage von Schwanheim ist unser Haus idealer Ausgangspunkt für Ausflugsfahrten nach Heidelberg, Schwetzingen und Speyer. Schifffahrt auf dem Neckar - Odenwaldrundfahrt, tolle Rad- u. Wanderwege uvm. Zi. mit Du/ WC, TV, Balkon Reichhaltiges Frühstücks- und Salatbuffet am Abend. Große Sonnenterrasse. Fragen Sie nach unseren attraktiven Gruppenangebote, für 20 - 50 Personen.
Tel 0 62 62 - 63 81 · Fax 9 50 34 · www.schwanheimerhof.de

Anzeige

Traumhafte Tage im bayerischen Wald mit Ihrer Reisegruppe

- Planen Sie schon Ihre nächste Gruppenreise?
- ein Haus mit besonders hohem Freizeitwert
- gemütliche Komfortzimmer
- Wahlmenüs m. regionalen Produkten, Salatbuffet
- Frühstücksbuffet m. hausgem. Köstlichkeiten
- neue großzügige Bäderlandschaft mit Saunen und Ruhezonen zum Wohlfühlen
- Massage & Kosmetiksalon
- Historischer Weinkeller mit einem Rittermahl- der Höhepunkt Ihrer Reise
- 2 Kegelbahnen, Tanzbar
- Zentrale Lage für Ausflugsfahrten nach Passau, Österreich oder in den Böhmerwald usw.

7 Tage ab 336,- € HP/p. P.

ROMANTIK POSTHOTEL
 Fam. Dafinger · 94133 Röhrnbach · Marktplatz 1
 Tel. + 49 (0) 85 82 - 80 88
www.romantik-posthotel.de

Das Coronavirus und die Wirtschaft

Kessler: Pandemie-Maßnahmen decken die Schwächen des Neoliberalismus auf

„Die Welt nach Corona wird eine andere sein“, sagte Bundespräsident Frank Walter Steinmeier. Ob sie auch eine bessere sein wird, entscheidet sich in den kommenden Monaten

Die Konfrontation wächst: zwischen jenen, die möglichst schnell zur Normalität vor der Pandemie, zu Wachstum und unternehmerfreundlicher Politik zurückkehren wollen – und jenen, für die es nicht einfach weitergehen darf. „Die Corona-Krise ist ein Weckruf an die Menschheit, mit Natur und Umwelt anders umzugehen. Der Immer-Mehr-, Immer Schneller-, Immer Weiter-Kapitalismus muss aufhören“, sagt Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU). Und er hat Recht.

Das Virus brauchte nur wenige Tage, um die Prinzipien des Neoliberalismus zu entzaubern, die seit Jahrzehnten als absolute Wahrheit verkündet werden: Dass der Wohlstand aller wächst, wenn die Einzelnen ihren egoistischen Interessen folgen. Und dass der freie Markt effektiv ist, der Staat dagegen ein teurer Moloch. Jetzt hat ein unsichtbarer Virus die Wirtschaft in die Krise gestürzt – und mit ihr den Neoliberalismus. Plötzlich ist der freie Markt das Problem und die Regierungen sind die Lösung. Massenhaft rufen Unternehmen nach dem Staat. Das Tabu der „schwarzen Null“ – keine Neuverschuldung – ist Geschichte. Sozial- und Gesundheitspolitikern wurde plötzlich bewusst, dass Krankenhäuser und Pflegeheime zu wenig Schutzmasken oder Schutzanzüge vorhielten, weil diese unter dem Spardruck zu teuer waren. Ärztepräsident Klaus Reinhardt sprach offen aus, was viele denken: „Wir brauchen Krankenhäuser, in denen der Mensch mehr zählt als der Profit.“ Plötzlich waren nicht Banken und Großkonzerne systemrelevant, sondern unterbezahlte Pflegekräfte.

Zwar mussten kleine Geschäfte schließen, aber die Börsen blieben of-

fen. Mit Folgen: Sofort spekulierten milliardenschwere Anleger auf die schwerste Wirtschaftskrise aller Zeiten und verdienten Milliarden mit der Krise. Doch plötzlich rückte der sonst so umstrittene Sozialstaat in Blickpunkt. Auf dem Höhepunkt der Corona-Krise wurde klar: Je weniger in Staaten das Soziale zählt, desto tiefer versinken sie in den Folgen der Pandemie. Trotz Kritik an den Prinzipien des Neoliberalismus ist nicht garantiert, dass die Weichen nach der Krise automatisch neu gestellt werden. Die wirtschaftlichen Hilfsprogramme werden den Abschwung der Wirtschaft abfedern.

Nicht wenige wollen Klimaauflagen auf Eis legen

„Zwar folgt das große Konjunkturpaket nicht direkt den Interessen der großen Wirtschaftslobbys, eine Kauf-

Wolfgang Kessler ist Ökonom und Publizist. Er war von 1999 bis 2019 Chefredakteur der christlichen Zeitschrift Publik-Forum. Er verantwortet das aktuelle Publik-Forum Dossier „Arbeiten und Leben nach Corona. Was wir aus der Krise lernen können.“

prämie für Verbrennungsmotoren wurde verhindert. Allerdings stehen die Lobbyverbände immer noch Gewehr bei Fuß: Viele wollen die Steuern senken, vor allem für Unternehmen. Davon würden vor allem Großunternehmen und Reiche profitieren. Nicht wenige wollen die Klimaauflagen auf Eis legen. Die Banken

fordern eine Lockerung der Eigenkapitalregeln – so, als hätten Spekulanten nicht schon genug Schaden angerichtet.

Im Gesundheitssystem beklagte man anfangs fehlende Ausrüstung, später dann fehlende Fachkräfte auf den Intensivstationen. Ansonsten erhielt das Gesundheitssystem viel Lob. Doch es stellten sich grundlegende Fragen: Warum müssen Krankenhäuser Gewinne machen – und dafür an allem sparen, auch an Personal? Warum werden Gemeingüter und Pflege den Gesetzen des Marktes und einem gnadenlosen Effizienzdenken unterworfen? Warum dürfen Finanzinvestoren immer mehr Pflegeheime kaufen?

Hinzu kommt: Brauchen wir nicht ganz andere Bedingungen in der Fleischindustrie beim Umgang mit Mensch und Tier? In den kommenden Monaten wird sich zeigen, ob die Politik willens ist, die neoliberalen Strukturen des Wirtschaftssystems generell zu korrigieren. Dafür braucht es klare Prioritäten: So müssen vor allem die sozial Benachteiligten, die Geringverdiener, die Alleinerziehenden, die Kinderreichen vor den sozialen Folgen der Pandemie geschützt werden. Eine höhere Grundsicherung muss ebenso diskutiert werden wie ein Grundeinkommen, mindestens für besonders belastete Gruppen. Ein Lastenausgleich könnte dafür sorgen, dass am Ende nicht Durchschnittsverdiener die Schulden zurückzahlen, die als Hilfen an Unternehmen geflossen sind. Im Gesundheits- und Pflegesystem sollte künftig gelten: Mensch vor Rendite und tarifliche Bezahlung für alle. Und eine gerechte Zukunft für alle Menschen wird es nur geben, wenn jetzt Vorkehrungen gegen die Klimakrise getroffen werden, die als kommende Menschheitskrise noch viel mehr Opfer fordern dürfte als die Corona-Pandemie.

Dr. Wolfgang Kessler

§ RECHT

Rechtssekretäre: Geballte KAB-Kompetenz an deutschen Bundesgerichten

Ob im Arbeits- oder Sozialrecht, KAB-Mitglieder übernehmen Verantwortung in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Die Kompetenz der KAB ist gefragt. So hat Mitte Juli das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gleich drei Kollegen aus der KAB-Rechtsberatung zu ehrenamtlichen Richtern an das Bundesarbeitsgericht in Erfurt berufen. Ab dem 1. September werden **Christian Johannes Bindl**, KAB-Mitglied und Betriebsseelsorger in München und das KAB-Urgestein **Alois Gell** aus Freyung ihren Dienst antreten und sich für die Rechte von Arbeitnehmer:innen in den Arbeitsgerichtsprozessen stark machen. **Joachim Kühner**, Rechtssekretär im Diözesanverband Rotenburg-Stuttgart, wird zum 1. Dezember sein Amt als ehrenamtlicher Richter am BAG antreten. Die jeweilige Amtszeit beträgt fünf Jahre. Bereits seit 2018 vertritt **Klaus Köhler** aus dem Diözesanverband Würzburg die Arbeitnehmerseite am 6. Senat, der Urteilsverfahren zur Auslegung von Tarifverträgen und Dienstordnungen des öffentlichen Dienstes sowie Tarifverträgen und Arbeitsrechtsregelungen von Religionsgemeinschaften behandelt.

„Die Berufung von gleich drei ausgewiesenen Experten auf dem Gebiet des Arbeitsrechts zeigt deutlich die Kompetenz und Wichtigkeit, die der KAB auf diesem Arbeitsfeld zugestanden wird“,

betont KAB-Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann.

KAB-Oma kämpft am Bundessozialgericht in Kassel

Nicht ans Bundesarbeitsgericht, sondern als ehrenamtliche Richterin ans Bundessozialgericht in Kassel wurde die 58-jährige Mutter von zwei erwachsenen Kindern und einem neugeborenen Enkelsohn, **Gerdi Lohwasser**, berufen. Die KAB-Ortsvorsitzende aus Saal im Diözesanverband Regensburg wurde vor zehn Jahren von Walter Schmid als Richterin ans Sozialgericht Regensburg vorgeschlagen. Seit 2015 wurde sie ans Landessozialgericht München berufen und sammelte dort Erfahrungen in der Rechtsprechung. „Die Überraschung war groß, als mich vor Kurzem die Berufung ans Bundessozialgericht erreichte“, erzählt Lohwasser gegenüber Impuls. Darüber hinaus ist Lohwasser auch in der Flüchtlingshilfe aktiv und macht mit Freude beim örtlichen Krankenhaus-

suchdienst mit. „Mit Freude, Dankbarkeit und großem Respekt vor der neuen Aufgabe, trete ich dieses hohe Ehrenamt an und möchte die deutsche Arbeit-

nehmerschaft und unseren

KAB-Verband würdig vertreten und für die soziale Gerechtigkeit in unserem Land eintreten!“

Seit dem 1. Juni ist auch **Wilhelm Herrmann** am Kasseler Bundessozialgericht als ehrenamtlicher Richter tätig. „Ich hoffe, dass ich diese Aufgabe, auch im Sinne der KAB, verantwortungsvoll wahrnehmen werde“, erklärte Herrmann,

der im April seine Berufung erhielt. „Willy“, wie er im Diözesanverband der KAB im Bistum Essen liebevoll genannt wird, ist seit 1965 in der KAB. Seitdem ist er nicht nur in Essener Pfarrgemeinden aktiv, sondern auch in der Diözesanleitung

und im Bundesverband für den Bereich des Sozialrechts und der Sozialpolitik. Bereits 2005 wurde Herrmann auf Vorschlag der KAB

über die Liste der Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmerorganisationen (ACA) als ehrenamtlicher Richter an Bundessozialgericht berufen. Als Versichertenältester der Deutschen Rentenversicherung

(DRV) und als Mitglied im Widerspruchsausschuss der DRV Rheinland bringt Herrmann seine Kompetenzen im Sozialrecht seit vielen Jahren ein. Zudem ist er Mitglied im Aufsichtsrat der Krankenhausgesellschaft Contilia GmbH, einem Zusammenschluss von drei großen Essener Krankenhäusern mit über 7100 Mitarbeiter*innen und somit einem der größten Arbeitgeber in der Ruhrmetropole.



Christian Johannes Bindl



Alois Gell



Joachim Kühner



Klaus Köhler



Gerdi Lohwasser



Wilhelm Herrmann

BUCHTIPPS

Beschäftigungsstaat

Die industrielle Revolution im 18. Jahrhundert versprach das Joch Arbeit zu überwinden. Doch die Arbeit wurde nicht weniger. Schließlich blieb die Wertschöpfung nicht bei den Arbeitern, sondern bei den Maschinenbesitzern. Die derzeitige digitale Revolution prophezeit die Befreiung von der Arbeit. Doch die Politik versichert uns weiter: Die Arbeit wird uns nicht ausgehen. Der Kampf um und in der Arbeit verschärft sich. Der Wirtschaftskolumnist Prof. Günther Moewes stellt daher die provokante These auf: „Arbeit ruiniert die Welt!“ Denn die immer „größere maschinelle Produktivität erzeugt ein immer größeres Überangebot an Arbeit, das die Ökonomen durch ständige Mehrproduktion, sprich Wachstum, zu kompensieren suchen.“ Steigende Produktivität, so Moewes, zerstört Arbeit und verlangt so immer mehr Produktion, um neue Arbeit zu generieren. „Anstatt einen existenzsichernden Anteil am rasant steigenden BIP zu fordern, fordert man: Arbeit, Arbeit, Arbeit.“ Der Staat ist zum Beschäftigungsstaat geworden und treibt die exzessive „Vergeudung, Vermüllung, Verdummung, Vertreibung, Verschandelung, Verwüstung, Vernichtung von Arten, Vergiftung von Insekten und Äckern“ voran. Der Autor hofft, dass durch sein Buch auch ökonomische Laien beginnen, sich für eine andere Wirtschaft zu interessieren. Denn es geht um nicht weniger, als um eine gerechte Vermögensverteilung und das Überleben der Menschheit.



Günther Moewes: Arbeit ruiniert die Welt – Warum wir eine andere Wirtschaft brauchen
Nomen-Verlag, Frankfurt 2020, 12 Euro

Saubere Gesellschaft?

In Deutschland erklärt die AfD den Holocaust zu einem Fliegenschiss der Geschichte und beschwört über 1000 Jahre glorreichen Deutschtums. In Ungarn will Viktor Orbán sein Land zu „historischer Größe“ zurückführen. Die völkische Illusion „sauberer“, homogener Gesellschaften soll zum politischen Konsens der Zukunft werden. Claudia Gatzka und Andreas Audresch decken die Strategie der „Neuen Rechten“ auf, die zum Teil bereits in der Mitte der Gesellschaft Platz gefunden hat. So ist eine ihrer verstärkt benutzten Strategie, die Umdeutung der Geschichte. Nicht Historiker, sondern die Politik instrumentalisiert die Geschichte, um ihre Weltsicht in den Köpfen der Menschen zu verankern. Das sich machtgerige Nationalisten mit ihren jeweiligen Interpretationen unglaublich im Weg stehen, beweisen der russische Präsident Putin und der Chef der polnischen Regierungspartei PiS (Recht und Gerechtigkeit) Jaroslaw Karczynski. Doch nicht nur Geschichte wird instrumentalisiert, in einigen europäischen Ländern werden Medien und Justiz behindert. Das Buch ist eine Aufforderung an Politik, Wissenschaft, Lehrkräfte und vor allem die Zivilgesellschaft, dem Missbrauch der Geschichte entgegenzutreten. Hoffnungsvoll sind die vielen Demonstrationen gegen Rassismus in Deutschland.



Andreas Audresch/Claudia Gatzka (Hg.): Schleichend an die Macht – Wie die Neue Rechte Geschichte instrumentalisiert, um Deutungshoheit über unsere Zukunft zu erhalten
Dietz-Verlag, Bonn 2020, 140 Seiten, 14,90 Euro

LESERBRIEFE

Christ und Sozialist?

Zu Beiträgen in Impuls 1/2020

Auf mehreren Seiten machen Sie Werbung für Sozialisten und ehemalige SEDler, heute die Linken. Auf Seite 7 mit Andrea Nahles, SPD (Sozialistische Partei Deutschlands). Auf Seite 10 und 11 mit Bodo Ramelow, die Linke, ehemals SED. Auf Seite 12 und 21 mit Hubertus Heil = Sozialist. Würden Sie auch mit der AfD Werbung betreiben? Ich glaube nicht, diese sind doch als Nazis verschrien. Ich selbst habe lange Jahre in einem Bruderland der DDR, in Rumänien, humanitäre Hilfe geleistet. Im realen Sozialismus (= Elend = Armut = Un-

recht = Korruption) unvorstellbar. Papst Benedikt sagte: „Christ und Sozialist geht nicht!“

Edi Heckmann, Schwarzenholz

Ein Lob von Herrn Bodo Ramelow zu veröffentlichen, ist meiner Meinung nach nicht gerechtfertigt. Die Partei „Die Linke“ entstammt der DDR-Diktatur-Partei SED, also SPD-WASG und SED-Nachfolge PDS und firmiert als demokratisch-sozialistische Partei, was in sich schon einen Widerspruch bedeutet. Eine Aufarbeitung der politischen und auch kriminellen Hinterlassenschaften der SED hat nie so richtig stattgefunden und wird sicher auch künftig unterlas-

sen. Ihren Artikel „Nationalistische Ideen bedrohen Europa von innen“ finde ich sehr wichtig angesichts der extrem rechten Strömungen in Deutschland, Europa und der Welt. Gerade wir in Deutschland müssen diese rechten/rechtsradikalen Strömungen mit allen legalen Mitteln persönlich und natürlich auch strafrechtlich bekämpfen. Wegschauen gilt in beiden Fällen überhaupt nicht.

Erich Rauschert (per E-Mail)

Kreuzfahrt und KAB-Umweltschutz

Zu: Beilage in Impuls 4/2019

Die neue Form der Mitgliederzeitschrift verleitet mich nun auch mal genauer hin zu schauen, wo ich mir zuvor die Zusendung der Zeitungsausgaben verboten habe! Rückmeldung: Die KAB steht auch für Umweltschutz – und dann das Angebot einer Weihnachtskreuzfahrt, wo die Schiffe mit Schiffsdiesel fahren und dies sehr umweltbelastend ist?

Irmgard Kerckhoff (per E-Mail)

Grinsen erlaubt

Zu: Mindestlohnpetition an Arbeitsminister Heil

Liebe KABler, erlaubt mir zu grinsen: Hubertus Heil und die SPD machen das doch sofort mit.

Ihr müsst schreiben an die CDU, die Bischöfe und zum Beispiel an die Caritas. Bitte in Zukunft bessere Ideen.

Gerd Pfeiffer, Haslach (Mitglied der KAB Haslach)

Dank für Impuls

Vielen DANK für die stets informative, aktuelle und interessante Zeitschrift. Alles Liebe und Gute – Gottes Segen für die weitere Arbeit!

Karin Farrenkopf-Párraga, Stockstadt

Beispiel an Menschenfreundlichkeit



Dieses Mal traue ich meinen Augen nicht, wenn ich die Ausgabe 2/2020 zur Hand nehme. Was hat sich die Redaktion wohl dabei gedacht? Während viele Zeitungen – z.B. Gewerkschaften und VdK

– ausführlich den ehemaligen deutschen Arbeits- und Sozialminister für seine großen Verdienste würdigen, haben Sie für ihn nur einen mageren Bericht übrig, bei dem Sie immerhin seine KAB-Mitgliedschaft erwähnen. Müssen wir nicht froh und dankbar sein für seine politischen Leistungen? Norbert Blüm kannte die Fabrikarbeit aus eigenem Erleben. 16 Jahre lang arbeitete er als Arbeits- und Sozialminister unter Bundeskanzler Kohl. Trotz großer Widerstände errang er große Erfolge. Seine Ideale waren geprägt von seinem katholischen Glauben und der Katholischen Soziallehre. Norbert Blüm verkörperte den Typ eines Sozialpolitikers, wie wir ihn uns als KAB nur wünschen können. Ein Kämpfer für sozialere Gerechtigkeit, ein tiefgläubiger Christ, der auch bei harten Widerständen seinen Humor noch behielt. Dieses Beispiel an Menschenfreundlichkeit dürfen wir doch nicht vergessen!

*Arnold Seipel, Veitshöchheim
ehemaliger Diözesanpräses der KAB Würzburg*

IMPRESSUM



114. Jahrgang,
Hrsg.
KAB Deutschlands

Gesamtherstellung
Heider Druck GmbH
Bergisch Gladbach

Redaktion und Vertrieb
Matthias Rabbe (verantwortl.),
Deborah Müller
(Redaktionsassistentin)
Tel. (02 21) 77 22-1 31
Fax (02 21) 77 22-1 35
kab-impuls@ketteler-verlag.de
Bezug im Mitgliedsbeitrag
enthalten.

Ketteler-Verlag GmbH
Geschäftsführer: Alois Nock
Amtsgericht Köln, HRB 34678
Bernhard-Letterhaus-Straße 26
50670 Köln

Anzeigen und Beilagen geben
nicht die Meinung oder
Einstellung der KAB wieder.

Anzeigen und Beilagen

Joh. Heider Verlag GmbH
Nicole Kraus
kraus@heider-medien.de
Tel. (0 22 02) 95 40-336
Auflage: 75.000

Für Termine keine Haftung.
Der nächste KAB-Impuls
erscheint am:
23. November 2020
Anzeigenschluss:
19. Oktober 2020

ISSN 1434-4386
www.ketteler-verlag.de



Machen Sie mit! Gewinnen Sie mit!

Unterstützen Sie mit Ihrer Unterschrift die KAB-Petition für eine Novellierung des Mindestlohngesetzes und einen armutsfesten Mindestlohn. Jeder Einsender erhält ein Dankeschön. Wer weitere Unterzeichner*innen gewinnt und eine volle Liste zurücksendet, kann einen Besuch auf den Dächern des Kölner Doms gewinnen.

Füllen Sie die Unterschriftenliste auf Seite 31 aus und senden Sie sie an:

KAB Deutschlands
Bernhard-Letterhaus-Straße 26
50670 Köln

KAB-Rätselspaß

KREUZWORTRÄTSEL Suchen Sie die Lösungswörter!

bekanntester Sozialpolitiker († 2020)	überheblich belehrend	zierliche Waldtiere	Todesort von Ketteler, Kloster	französisch: Sommer	Frauenname	abfallendes Gelände	einzelnes Blatt einer Jalousie	deutsche Stadt an der Donau	erster deutscher Reichspräsident	Amerikaner (kurz)	soziale Schicht	englischer Diener	Todesort von Joseph Cardijn	verwirrt
							10			Kleidungsstück (kurz)				
Jagdergebnis				5		zweieteilt				13		englisch: oder	20	
achten, anerkennen		21				Nährmutter			ein wenig	Fußballstrafstoß	16			
				Vorname der TV-Moderatorin Will			14	mutiger Kämpfer	2			Bergwerk		Gottesbote
Quellfluss der Donau		Morgenfeuchtigkeit		Halbton unter G		frei von Unebenheiten				Streitmacht		12		
Stockwerk					11	Diebstahl geistigen Eigentums	Bergweide	Kurzform von Elisabeth	welche Person			Donauzufluss in Passau		
Hiebe						spanisches Reisgericht				lateinisch: Recht		fast immer		Hochschulkurs
britischer Philosoph u. Mathematiker †				6			Schmuckstein		veraltet: Thailänder					
mürrisch		Hauptzufluss der Weser		Fußballtreffer	biblischer Prophet			17	streng	Vorname der Lemper	4		spanisch: der	19
							Sitz der UNESCO					Studentenausschuss	unglücklicher Zufall	Schlafstelle der Seeleute
Abkürzung: Hektoliter		9	Ausruf des Verstehens		Honigwein		leicht erreichbar		Reifeprüfung (kurz)	Stadt in den Niederlanden	Fleischsülze	8		
Diebstahlsicherung						3					Kurzschrift			22
Eichhörnchenpelz	7				griechischer Buchstabe			1	Sitzwaschbecken				katholischer Jugendverband	
anheimelnd							Landschaft bei Lüneburg			15		Getreidefruchtstand		

RMZ36746 2903

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Sudoku

			2			1	8			
3				6						
9	4			5		7	2			
			8			6				
	5	2	1		4	9				
		7		4		2				
		9	5					7		
		3				5				
	1				2					

Rätseln und gewinnen!

Schicken Sie die Lösungswörter (Einsenden bis 31. Oktober 2020) mit Ihrer Adresse an die:

Redaktion IMPULS
 Bernhard-Letterhaus-Str. 26
 50670 Köln oder
 kab-impuls@ketteler-verlag.de



Ich unterstütze die Forderung der KAB Deutschlands zur Anhebung des Mindestlohns auf mindestens 13,69 Euro mit meiner Unterschrift:

Vorname, Name	Straße, Hausnummer
Postleitzahl, Wohnort	E-Mail
Datum, Unterschrift	
<input type="checkbox"/> Ich möchte über die Petition und die Arbeit der KAB informiert bleiben.	<input type="checkbox"/> Ich bin KAB-Mitglied.

Vorname, Name	Straße, Hausnummer
Postleitzahl, Wohnort	E-Mail
Datum, Unterschrift	
<input type="checkbox"/> Ich möchte über die Petition und die Arbeit der KAB informiert bleiben.	<input type="checkbox"/> Ich bin KAB-Mitglied.

Vorname, Name	Straße, Hausnummer
Postleitzahl, Wohnort	E-Mail
Datum, Unterschrift	
<input type="checkbox"/> Ich möchte über die Petition und die Arbeit der KAB informiert bleiben.	<input type="checkbox"/> Ich bin KAB-Mitglied.

Vorname, Name	Straße, Hausnummer
Postleitzahl, Wohnort	E-Mail
Datum, Unterschrift	
<input type="checkbox"/> Ich möchte über die Petition und die Arbeit der KAB informiert bleiben.	<input type="checkbox"/> Ich bin KAB-Mitglied.

Vorname, Name	Straße, Hausnummer
Postleitzahl, Wohnort	E-Mail
Datum, Unterschrift	
<input type="checkbox"/> Ich möchte über die Petition und die Arbeit der KAB informiert bleiben.	<input type="checkbox"/> Ich bin KAB-Mitglied.

Vorname, Name	Straße, Hausnummer
Postleitzahl, Wohnort	E-Mail
Datum, Unterschrift	
<input type="checkbox"/> Ich möchte über die Petition und die Arbeit der KAB informiert bleiben.	<input type="checkbox"/> Ich bin KAB-Mitglied.

Vorname, Name	Straße, Hausnummer
Postleitzahl, Wohnort	E-Mail
Datum, Unterschrift	
<input type="checkbox"/> Ich möchte über die Petition und die Arbeit der KAB informiert bleiben.	<input type="checkbox"/> Ich bin KAB-Mitglied.

Vorname, Name	Straße, Hausnummer
Postleitzahl, Wohnort	E-Mail
Datum, Unterschrift	
<input type="checkbox"/> Ich möchte über die Petition und die Arbeit der KAB informiert bleiben.	<input type="checkbox"/> Ich bin KAB-Mitglied.

Datenschutzerklärung: Dieser Unterschriftenbogen wird auf www.openpetition.de als Bild hochgeladen. Von Ihren Daten werden Postleitzahl und Ort gespeichert, damit Ihre Unterschrift gezählt werden kann. Wenn Sie ankreuzen, Informati-

onen erhalten zu wollen, willigen Sie in die Speicherung Ihrer Daten durch die KAB Deutschlands ein. Dieser Einwilligung können Sie jederzeit ohne Angabe von Gründen unter info@kab.de widersprechen.

Hinweis: Diese Liste bitte bis zum 1. Dezember 2020 an **KAB Deutschlands, Bernhard-Letterhaus-Str. 26, 50670 Köln** (fax:0221/7722-136) zurücksenden.



KAB! TRITT EIN FÜR DICH.



STOPPT DIE ARMUTSFALLE MINDESTLOHN!

Unterstützen Sie die Petition an Bundesarbeitsminister Hubertus Heil für einen Mindestlohn von 13,69 Euro

Sehr geehrter Herr Bundesarbeitsminister Heil,

Setzen Sie sich endlich für einen armutsfesten Mindestlohn ein! Die von der Mindestlohnkommission festgelegte Anhebung um 15 Cent zum 1. Januar 2021 und die stufenweise Erhöhung auf 10,45 Euro erst ab Sommer 2022 sind eindeutig zu niedrig. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Pflege, im Hotel- und Gaststättenbereich und anderen Dienstleistungsbranchen sitzen so dauerhaft in der Armutsfalle. Starten Sie mit uns eine Gesetzesinitiative, die einen sozial gerechten Mindestlohn von 13,69 Euro ermöglicht.

Herr Minister Heil, wir fordern Sie daher auf:

- Erhöhen Sie den Mindestlohn auf armutsfeste 13,69 Euro.
- Stoßen Sie stattdessen endlich eine Gesetzesreform an, die einen fairen Mindestlohn ermöglicht.
- Sorgen Sie dafür, dass in diesem wohlhabenden Land, jeder von seiner Arbeit existenzsichernd leben kann.

13,69 Euro sind eine Frage der Menschenwürde, der Achtung und der Anerkennung für geleistete Arbeit

Ein Mindestlohn von 13,69 Euro pro Stunde entspricht 60 Prozent des Bruttomonatsverdienstes von Vollzeit beschäftigten Arbeitnehmer*innen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich. Das ist die tatsächliche Untergrenze für einen fairen Arbeitslohn.

Mit 13,69 Euro können Alleinstehende ohne Sozialtransfers von ihrer Arbeit leben! 13,69 Euro sichern Familien gerechte und soziale Teilhabe! 13,69 Euro verhindern vorprogrammierte Altersarmut! Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die 45 Jahre für einen Mindestlohn von 10,45 Euro hart gearbeitet haben, erwartet am Ende ihres Arbeitslebens eine Armutsrente von 699 Euro und damit weit unter der Grundsicherung.

Das kann nicht sein – ändern wir es!

[#Mindestlohnpetition](#)

**JETZT
UNTERSCHREIBEN!**

**MITSTREITER
ÜBERZEUGEN!**

**DOM-BESUCH
GEWINNEN!**



KAB! TRITT EIN FÜR DICH.